

LIBERALE PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESELLSCHAFT UND MODERNE

02 4,90 EURO

DEZ 2023



INHALT 02 | 2023

EDITORIAL	03
LIBERALISMUS KOLUMNE	13
BEITRAG DES LHG	17
BUCHREZENSION	40
VORGESTELLT	42
IMPRESSUM	44
VLA - ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT	45

HIGHLIGHT

LIBERALE PERSPEKTIVEN MEETS CHRISTIAN LINDNER <i>von Simon Schütz</i>	04
WAS KÖNNEN DAS INDIVIDUUM UND DIE POLITIK GEGEN DEN KLIMAWANDEL TUN? <i>von Prof. Dr. Berward Gesang</i>	10
WARUM DIE WISSENSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DES GLOBALEN SÜDENS IM EUROPÄISCHEN INTERESSE IST - UND WAS WIR DABEI VOM SÜDEN LERNEN KÖNNEN <i>von Jan Marco Müller und Noah Stewart</i>	35

ESSAY

WIRTSCHAFTSETHIK UND DAS MORALISCHE HANDELN <i>von Axel Dockhorn</i>	07
UNSERE DISKUSSIONSKULTUR: WIR HABEN DEN MUT ZUR VERÄNDERUNG VERLOREN <i>von Tim Gottsleben</i>	12
RELIGION UND POLITIK – PERSPEKTIVEN AUF EIN VIELSCHICHTIGES VERHÄLTNIS <i>von Catharina Jabss</i>	15
CHAT GPT – WAS IST WAHRHEIT? <i>von Johannes Brill</i>	20
BEBUC – EXZELLENZSTIPENDIEN FÜR DEN KONGO - DIE LAGE IM KONGO <i>von Christine Wolf</i>	23
NICHT NUR WAS FÜR UNIS! <i>von Prof. Dr. Carsten Wolff</i>	28
MERIAN CENTRES: FRISCHER WIND FÜR DIE GEISTES UND SOZIALWISSENSCHAFTEN <i>von Sérgio Costa und Susanne Klengel</i>	32



REGENWALDSCHUTZ IST BAUMSCHUTZ!

**JETZT
SPENDEN**

Regenwälder gehören zu den artenreichsten Lebensräumen der Erde: Bis zu 280 Baumarten wachsen hier auf einem Hektar. Mit Ihrer Spende schützt OroVerde die kostbaren Regenwälder und forstet sie wieder auf. Vielen Dank!



OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
www.regenwald-schuetzen.org/jetzt



PRÄSES

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin müde, krisenmüde. Und damit meine ich nicht, dass ich keine Lust habe, (globale) Herausforderungen anzugehen. Es ist mir dabei auch egal, in welchem Bereich diese Herausforderungen zu Tage treten: Klima, Umwelt, Einwanderung, Demographie, Sicherheitspolitik, Naher Osten, um nur einige (sehr aktuelle) Beispiele zu nennen. Ja, die Herausforderungen sind zahlreich, ihre Zahl und ihre Größe schrecken mich aber nicht.

Mich ermüden jedoch die immer gleichen Reflexe seit teilweise Jahrzehnten, seien sie rein rhetorisch oder in politischem Handeln mündend. Mich ermüdet die Mutlosigkeit von Politikerinnen und Politikern. Mich ermüden die Hinhalte- und Salamtaktiken, die wir allorts erleben. Mich ermüdet der Unwille zu klarem, eindeutigem Handeln. Mich ermüden die immer gleichen Sonntagsreden, bei denen nichts als warme und/oder warnende Worte herkommt. Mich ermüdet, wie politisches Fehlverhalten allzu oft folgenlos bleibt. Mich ermüden Doppelmoral, Lügen und Schamlosigkeit.

Was ist Ihre Diagnose, wenn Sie das so lesen? Bin ich politikverdrossen? Sehe ich zu schwarz? Natürlich ist Demokratie anstrengend. Erst müssen Lösungen gefunden, dann Kompromisse geschlossen werden. Doch wer sagt, dass wir aus Nettigkeit, aus Angst, aus Opportunität in einer Demokratie uns mit Fantasie- und Mutlosigkeit, mit Herumlaviern, mit Taktieren auch in ethischen Fragen, mit Machtmissbrauch und mit Charakterlosigkeit abfinden müssen? Ganz im Gegenteil – gerade demokratische Regelungen sollten so gestaltet sein, dass man sich Wählerinnen und Wähler solcher Personen entledigen können.

Etwas ist ins Rutschen geraten. Wo „Nazi“ und „rechts“ so ausgelutscht sind nach inflationärem Gebrauch; wo einerseits die Sicherheit und Existenz eines Staates rhetorisch zum Maß aller Dinge gemacht wird, um andererseits vier Wochen später dessen Gegner noch mehr Geld in den Rachen zu schieben; wo Journalisten sich mit Politikerinnen zur Erfüllung der gleichen Agenda zusammuntun; wo Recht nur noch bei überschaubarem Widerstand dort durchgesetzt wird, wo es politisch opportun scheint; dort muss man Angst haben, dass Mehrheiten auf einmal doch nicht mehr im demokratischen Spektrum gefunden werden können.

Und dann? Bin ich wieder müde ob der Cassandra-rufe, die über Jahre verhallen oder willentlich mundtot gemacht wurden.


Ihr Alexander Bagus, Präses

REDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,

nach über drei Jahren ist dies nun die letzte Ausgabe der Liberalen Perspektiven, die wir für Sie mit dieser Redaktion gestalten durften. Die Leitung dieses Magazins war eine Ehre und eine Herausforderung. Geprägt von der Suche nach spannenden Themen, die über die Tagespolitik hinaus eine hohe Relevanz haben, und trotzdem in den aktuellen Diskurs passen. Von der Suche nach Autoren verschiedener Hintergründe und politischer Überzeugungen für ein differenziertes Meinungsbild.

Wir leben in der herausforderndsten geopolitischen Zeit, die mindestens meine Generation je erlebt hat. Globale Krisen und Kriege stellen unsere Widerstandsfähigkeit und Einheit auf die Probe. Gleichzeitig beeinflusst der technologische Fortschritt – vor allem Künstliche Intelligenz – die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben und vielleicht auch denken.

In diesen Zeiten brauchen wir mehr denn je liberale Perspektiven, die für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintreten. Die sich nicht von Populismus, Extremismus oder Autoritarismus einschüchtern lassen. Die sich für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft engagieren. Die sich für eine nachhaltige, innovative und gerechte Wirtschaft einsetzen. Die sich für eine friedliche, kooperative und regelbasierte Weltordnung stark machen.

Die Rolle von Moral, Ethik und Werten in der Politik ist ein wichtiges und komplexes Thema, das in dieser Ausgabe der Liberalen Perspektiven aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wird. Werte können individuell oder gesellschaftlich sein, stabil oder wandelbar, konkret oder abstrakt. Vor allem aber stehen diese in pluralistischen Gesellschaften oft in Konkurrenz. Es gibt jedoch auch Grundwerte in demokratischen Gesellschaften: Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Diese müssen stetig verteidigt, begründet und gelebt werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Treue, Ihr Interesse und Ihr Feedback. Wir danken auch unseren Autoren, unseren Partnern und allen Freiwilligen für ihre Unterstützung, ihre Inspiration und die tolle Zusammenarbeit.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und hoffen, dass Sie auch weiterhin die Liberalen Perspektiven lesen werden. Der neuen Redaktion wünschen wir Erfolg, Freude und Mut bei der Konzeption der zukünftigen Ausgaben.


Ihre Redaktion
Ann Sophie Löhde


Simon Schütz

INTERVIEW:

LIBERALE PERSPEKTIVEN MEETS CHRISTIAN LINDNER

Interview mit Christian Lindner geführt von Simon Schütz



Christian Lindner (*7. Januar 1979) ist Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Dezember 2013 wurde Christian Lindner zum Bundesvorsitzenden der Freien Demokraten gewählt. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag führte er vier Jahre als Vorsitzender (2017-2021) und etablierte sie als konstruktive Oppositionskraft. Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte die FDP eines der besten Ergebnisse ihrer Geschichte. Am 8. Dezember 2021 wurde Christian Lindner Bundesminister der Finanzen. Christian Lindner gehört der FDP seit 1995 an. 2000 wurde er als Abgeordneter erstmals in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt. Von 2012 bis 2017 war er Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW. Der Wermelskirchener studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Von 1997 bis 2004 war Lindner Inhaber einer Werbeagentur sowie Mitgründer eines Internet-Unternehmens.

Liberaler Perspektiven (LP): Finanzminister Christian Lindner: Was bedeutet für Sie Moral und wie wichtig ist sie in der Politik?

Christian Lindner (CL): Individuelle Moralvorstellungen, also aus unserer ethischen Haltung erwachsende Normen und Handlungsrahmen, sind in einem weltanschaulich neutralen Staat grundsätzlich Privatsache. Gleichzeitig braucht aber auch die liberale Gesellschaft einen über Milieugrenzen hinweg akzeptierten Wertekanon, der den Zusammenhalt auch in modernen, multikulturellen und zuweilen fragmentierten Gesellschaftsstrukturen erhalten kann. In unserem Verfassungsstaat ergibt sich die ethische Grundlage unseres Zusammenlebens aus unserem Grundgesetz. Es ist kein nacktes Regelwerk, sondern eine objektive Werteordnung, in der sich die ethischen Maxime unserer Gesellschaft ausdrücken: die Würde und die Freiheit des Einzelnen, Demokratie und Gleichberechtigung, Eigentum und Rechtsstaatlichkeit.

Dieser Wertekanon muss auch Maßstab politischen Handelns sein. Hier liegen die Dinge allerdings komplexer: Wer Verantwortung für das Land übernimmt, kann sich nicht einfach mit seinem "guten Willen"

oder seinen ethischen Beweggründen rechtfertigen, sondern muss zuvorderst die Konsequenzen seines Handelns gegenüber der Gesellschaft verantworten. Politik agiert also in einem moralischen Spannungsfeld: Einerseits braucht sie ethisch vertretbare Zielsetzungen - den "richtigen Kompass" - andererseits müssen auch die eingesetzten Mittel einer moralischen Betrachtung standhalten. Der Soziologe Max Weber unterschied in diesem Zusammenhang einmal zwischen einer Gesinnungsethik, für die um jeden Preis die Motive des Handelns zählen, und der Verantwortungsethik, die auch die praktischen Folgen edel gemeinter Taten zu berücksichtigen habe. Leider gibt es gerade in politisch linken Kreisen einen zunehmenden Trend, das eigene Handeln nur nach den Maximen des vermeintlich guten Willens und der persönlichen Gesinnung zu beurteilen und die tatsächlichen Konsequenzen der eigenen Politik auszublenden. Das ist keine heilsame Entwicklung.

LP: Ob Deutschland oder Europa - wir sprechen immer wieder von einer wertegeleiteten Politik. Steht das im Widerspruch zur Realpolitik?

CL: Ich bin selbst in die Politik gegangen, weil mir bestimmte Überzeugungen und Werte wichtig waren: die Freiheit des Einzelnen, Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen, Offenheit für Fortschritt und Veränderung. Eine Politik, die sich von jeglichen gesellschaftlichen Werten entkoppelt, würde zu Recht keine Akzeptanz finden und sich ihres eigenen Sinns berauben. Gute Politik muss sich aber immer an ihren Ergebnissen und nicht nur an ihren guten Vorsätzen messen lassen.

LP: Zuletzt wurde in der politischen (und medialen) Debatte fast jedes Thema moralisiert - ist das ein Phänomen unserer Zeit? Verhindert dieser Ansatz pragmatische Entscheidungen?

CL: In Teilen der politischen Debatte wird immer stärker versucht, eigene moralische Vorstellungen doktrinär durchzusetzen und anderen aufzuzwingen. Ein solcher Moralismus verstärkt gesellschaftliche Spannungen bis hin zur Spaltung und macht lösungsorientierte Politik immer schwieriger. Mehr noch: Mo-

ralismus in der Politik führt nicht selten dazu, dass die ethisch richtigen Ziele erst recht nicht erreicht werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Klimapolitik. Ich kann verstehen, dass der Verzicht auf eigene Freiheiten, Mobilität und Wohlstand für einige moralisch geboten erscheint. Doch dieser Weg kann international nicht erfolgreich sein, denn viele Gesellschaften haben bislang noch gar keinen Wohlstand, auf den sie verzichten könnten. Mit Klimaschutz durch Askese, Verbot und Verzicht werden wir vielleicht "Moral-Weltmeister", aber niemand wird uns folgen. Ein Vorbild für die Welt werden wir nur, wenn wir es schaffen, Wohl-

stand und freiheitliche Lebensweise durch technologischen Fortschritt mit Klimaschutz zu verbinden. Wer solche pragmatischen und am Ende erfolgreichen Ansätze moralisch diskreditiert, weil die Zwischenschritte nicht der eigenen Gesinnung entsprechen, dem geht es am Ende nicht um das gemeinsame Ziel, sondern um Ideologie.

Moralismus in der Politik führt nicht selten dazu, dass die ethisch richtigen Ziele erst recht nicht erreicht werden.

Ein Vorbild für die Welt werden wir nur, wenn wir es schaffen, Wohlstand und freiheitliche Lebensweise durch technologischen Fortschritt mit Klimaschutz zu verbinden.

LP: Apropos Pragmatismus: Gerade in der internationalen Politik kann ein (zu) hoher Anspruch bei moralischen Fragen dazu führen, dass Verhandlungen ergebnislos bleiben. Wie viel Pragmatismus ist in solchen Situationen angebracht?

CL: Auch Außenpolitik muss von unseren Werten geleitet werden. Schließlich liegt es im nüchternen Interesse unseres Landes, dass unsere gesellschaftlichen Werte global nicht durch Systemrivalen wie die Volksrepublik China unter Druck geraten. Doch was bedeutet das konkret: Hören wir auf mit autoritär geführten Staaten zu handeln? Isolieren und entkoppeln wir uns von denen, die unsere Werte und Standards nicht teilen? Ein solcher Weg würde den Westen und damit unseren Wertekanon global in die Bedeutungslosigkeit führen. Ich rate uns allen zu Realismus und strategischer Weitsicht. Deshalb müssen wir auch mit

unbequemen Partnern im Austausch bleiben, Abhängigkeiten reduzieren und diejenigen unterstützen, die sich selbst auf den Weg zu unserem Wertesystem machen. Dann erst erhalten wir die Möglichkeit, eine wertegeleitete internationale Ordnung, die auf Freiheit, Ausgleich, Selbstbestimmung und Verständigung basiert, wirksam verteidigen zu können. Und dann entspricht unsere Politik nicht nur im Vorsatz, sondern auch in den Ergebnissen unseren Werten.

LP: Wer Einfluss haben will, muss relevant sein. Deutschlands Einfluss in dieser Welt basierte immer auch auf dem Erfolg als Wirtschaftsnation. Ist dieser Einfluss zunehmend in Gefahr?

CL: Wir stehen an einer Weggabelung: Wenn wir weitermachen wie die letzten zehn Jahre, dann werden

wir den schleichenden Abstieg unseres Landes erleben. Oder wir entscheiden uns, wieder vorne in der Welt mitspielen zu wollen. Dann müssen wir alles unternehmen, was Wachstum und Innovation ermöglicht. Dafür treten wir auch in der Bundesregierung ein. Klar ist: Wir haben geradezu eine Verantwortung, Exportnation zu bleiben. Denn deutsche Technologien können dazu

beitragen, eine Lebensweise der Freiheit und des wirtschaftlichen Fortschritts zu verbinden mit Ressourcenschonung und Klimaschutz. In dieser Frage hat Deutschland schon jetzt eine Vorreiterrolle. Viele saubere Technologien werden in Deutschland entwickelt und produziert – und dann exportiert. Doch die Rahmenbedingungen haben sich nach Jahren der Reformunwilligkeit und angesichts der multiplen Krisen verändert. Wir brauchen jetzt eine "Wirtschaftswende" für den Standort Deutschland.

LP: In den vergangenen Monaten bzw. Jahren haben sich die geopolitischen Verhältnisse stark verändert. Es gibt beispielsweise mit China einen sehr mächtigen Akteur auf der Weltbühne mit anderem moralischem Anspruch. Ist es unsere Aufgabe, von unserem Modell zu überzeugen? Und wenn ja, wie?

(CL): China ist ein systemischer Rivale. Wir brauchen uns nicht mehr der Illusion hingeben, dass wir China durch wirtschaftliche Verflechtung und gutes Zureden in eine demokratische Gesellschaft verwandeln könnten. Ich habe gut 16 Jahre Erfahrung im Austausch mit chinesischen Offiziellen und weiß daher, dass man sich in Peking eher gewundert hat, wenn Deutschland zu samtpfotig aufgetreten ist. Das bedeutet aber nicht, dass wir diplomatische Kanäle nicht nutzen sollten. Gerade weil China systemischer Rivale ist, muss mit China über das Völkerrecht und über Menschenrechte gesprochen werden. Außerdem müssen wir wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten – gerade in Fragen kritischer Infrastruktur in Europa – gegenüber der Volksrepublik reduzieren. China bleibt ein gigantischer Binnenmarkt, zu dem wir Handelsbeziehungen erhalten müssen. Aber auf Dauer müssen unsere Unternehmen ergänzend andere Weltregionen in den Blick nehmen, etwa Nord-, Südamerika und Afrika. Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass dort Handelsschranken abgebaut werden.

LP: Als Politiker steht man besonders im Rampenlicht – hat man somit zwangsläufig eine moralische Vorbildfunktion?

(CL): Politiker müssen sich an ethischen und moralischen Standards messen lassen. Aber die Vorstellung, dass die Menschen ihr moralisches Verhalten an Politikern ausrichten oder gar ausrichten sollten, er-

schiene mir etwas paternalistisch. In Wahrheit ist es zum Glück umgekehrt: Wo Politiker gesellschaftlichen Vorstellungen und moralischen Maßstäben nicht entsprechen, werden sie in der Demokratie vom Souverän abgewählt.

LP: Welche Politikerin/ welcher Politiker hat Sie im Zusammenhang mit Moral und Werten besonders geprägt, wen bewundern Sie?

(CL): Es gibt immer Personen, an denen man sich orientiert und die man in bestimmten Dingen zum Maßstab nimmt – das gilt natürlich auch für meine persönlichen Moralvorstellungen. Eine einzelne Person, bei der ich sagen würde: "So wie die möchte ich sein", gibt es allerdings nicht. Der Liberalismus hat viele große Persönlichkeiten in Deutschland hervorgebracht. Mit Blick auf die deutsche Geschichte sollten uns aber vor allem diejenigen in Erinnerung rufen, die ihre Freiheit und ihr Leben im Widerstand gegen den Terror des NS-Regimes und gegen das Unrecht der DDR aufs Spiel gesetzt oder gar verloren haben. Ihre moralische Standhaftigkeit ist für die Politiker-Generationen des modernen Deutschlands auch ein moralisches Vermächtnis.



Simon Schütz war bis 2020 als Politik-Journalist bei BILD und bei dem amerikanischen Sender National Public Radio (NPR) tätig. Durch Journalistenstipendiate (Arthur Burns Programm, RIAS Programm) war er außerdem als Journalist in New York City und Tulsa tätig. Für BILD war er 2016 als US-Korrespondent in Washington D.C. und berichtete über den Wahlkampf sowie die Wahl Trumps. Außerdem leitete er im Sommer 2019 als Chef vom Dienst die Nachredaktion von BILD in Los Angeles. Aktuell arbeitet Herr Schütz als Leiter der Pressestelle des Verband der Automobilindustrie (VDA) e.V.

WIRTSCHAFTSETHIK UND DAS MORALISCHE HANDELN

von Axel Dockhorn

In der heutigen schnelllebigen Welt, in der Wirtschaft und Ethik oft in einem ständigen Balanceakt stehen, werden liberale Grundsätze mehr denn je auf die Probe gestellt. Marktdynamiken sind nicht mehr nur das Ergebnis einfacher Kauf- und Verkaufstransaktionen; sie sind zu einem Spiegelbild globaler Strömungen und ideologischer Spannungen geworden. Die Position, die liberale Denker und Akteure in diesem sich ständig verändernden Umfeld einnehmen, ist entscheidend. Nicht nur, um das Fortbestehen der liberalen Ideale zu sichern, sondern auch, um zu gewährleisten, dass der Markt sein volles Potenzial ausschöpft. Während einige die Rolle des Zuschauers einnehmen und sich damit zufriedengeben, auf den Wellen des Marktes zu reiten, argumentieren andere für eine tiefere, aktivere Beteiligung. Doch was genau bedeutet es, in einer modernen Gesellschaft, die von komplexen wirtschaftlichen Interaktionen durchzogen ist, ein liberaler Akteur zu sein? Welche Herausforderungen und welche Chancen erwarten diejenigen, die bereit sind, über den bloßen Besitz von Privateigentum hinauszugehen und sich aktiv am Marktgeschehen zu beteiligen?

Nichtrevolutionäre Denker sehen sich in der modernen Gesellschaft mit zwei grundlegenden Themen des Ökonomismus konfrontiert: Dem Sachzwang und dem Gemeinwohlzwang. Sachzwang in der Art, als dass ein freiheitlich und kapitalistischer Markt durch bestimmte Grundfreiheiten gewährleistet sein muss. Keine externe Revolution von Marktmechanismen, sondern eine inhärente Veränderung durch Partizipation in den Prozessen muss ein Kernbestandteil liberalen Agierens sein. Dies bringt uns zu dem Gemeinwohlzwang, dem die Theorie zugrunde liegt, dass der

Markt bereits in seinem Äquilibrium den größtmöglichen Nutzen erzeugt. Doch sehen wir in der Einflussnahme aus nichtfreiheitlichen Ländern als auch von landeseigenen Stiftungen und Verbänden, die der freiheitlichen Grundordnung entgegenstehen, auf Unternehmen und Märkte, dass das Gleichgewicht bereits aus der Waagschale gedrängt wird. Liberale Akteure können es sich nicht leisten, in einer beobachtenden Position zu bleiben. Das passive bourgeoise Selbstverständnis „Ich besitze Privateigentum, also bin ich“ muss sich zu einem aktiven citoyenschen Selbstverständnis „Ich partizipiere im Markt, also bin ich“ wandeln.

Natürlich kann das monatliche investieren von 50 Euro in einen handelsüblichen ETF dem deutschen Kleinbürger das Gefühl vermitteln, Teil der größeren Marktmechanismen zu sein, doch benötigt eine tatsächliche Emanzipation des Einzelnen für das größere Ganze des Marktes mehr Aufklärung über die Partizipationsmöglichkeiten, welche öffentlich gehandelte Unternehmen ihren Aktionären tatsächlich bieten. Die Macht, welche liberale Ideen und Akteure besitzen, kann man an dem Beispiel von Engine No. 1 sehen, die ein Jahr nach ihrem Bestehen durch eine gezielte Kampagne vier Vorstandsmitglieder des amerikanischen Riesens ExxonMobil ersetzte – obwohl sie nur 0.02% der Aktien des Unternehmens besaß – und somit eine Trendwende des Energiekonzerns zu fortschrittlicheren und nachhaltigeren Technologien einleitete.

In unserer global vernetzten Welt, in der Meinungen und Ansichten sich täglich wandeln – beeinflusst durch eine Flut unterschiedlichster Informationen –, stellt sich die Frage nach einem festen Orientierungs-

punkt. Die Antwort findet sich in den zeitlosen Werten des Humanismus und des Liberalismus. Diese grundlegenden Prinzipien leiten uns zu Ansätzen der Wirtschaftsethik, wie sie beispielsweise in der Schweiz schon lange diskutiert werden und nun auch zunehmend in Deutschland Aufmerksamkeit erlangen. Es kristallisiert sich die Vision einer lebensdienlichen Ökonomie heraus, einer Wirtschaftsform, die im Einklang mit den Überzeugungen und grundlegenden Gedanken zentraler ökonomischer Theoretiker steht und sich an den Bedürfnissen des Lebens orientiert.

In einer lebensdienlichen Ökonomie wird die Partizipation des Einzelnen nicht nur durch das einfache Investieren in Finanzinstrumente realisiert. Es geht um weit mehr: um Bildung, Bewusstsein und aktives Engagement in den wirtschaftlichen Strukturen. Während das Beispiel von Engine No. 1 die transformative Macht kleiner, aber zielgerichteter Investorengruppen aufzeigt, unterstreicht es auch die Wichtigkeit von gut informierten und aktiven Aktionären. Das bloße Besitzen von Aktien ist nur ein erster Schritt. Die wahre Kraft liegt in der aktiven Beteiligung, im Stellen von Fragen und im Eintreten für wirtschaftliche und ethische Werte.

An dieser Stelle muss ein Umdenken im Bewusstsein der Menschen stattfinden. Die Ökonomie kann nicht länger als ein isolierter Bereich betrachtet werden, der nur von Spezialisten und großen Investoren beeinflusst wird. Jeder Bürger, unabhängig von seinem sozioökonomischen Status, hat die Möglichkeit und auch die Pflicht, sich aktiv in die wirtschaftlichen Prozesse einzubringen. Dies erfordert allerdings mehr als nur ein rudimentäres Wissen über Aktien und Märkte. Es verlangt eine tiefere Auseinandersetzung mit den Mechanismen, die unsere globalisierte Welt antreiben, und die Fähigkeit, kritisch und reflektiert zu agieren. Hier liegt die Bedeutung der Bildung: Eine informierte Gesellschaft ist eine, die in der Lage ist, den Wandel in Richtung einer nachhaltigeren und ethisch verantwortungsvol-

Es kristallisiert sich die Vision einer lebensdienlichen Ökonomie heraus, einer Wirtschaftsform, die im Einklang mit den Überzeugungen und grundlegenden Gedanken zentraler ökonomischer Theoretiker steht und sich an den Bedürfnissen des Lebens orientiert.

Eine informierte Gesellschaft ist eine, die in der Lage ist, den Wandel in Richtung einer nachhaltigeren und ethisch verantwortungsvolleren Wirtschaft anzuführen.

leren Wirtschaft anzuführen. Wenn der Einzelne seine Rolle im großen Ganzen versteht und die Werkzeuge und Kenntnisse besitzt, um effektiv teilzunehmen, dann können wir uns einem Markt nähern, der sowohl wirtschaftlich florierend als auch ethisch gefestigt ist. Es ist der Weg von der passiven Marktbeobachtung hin zur aktiven Marktgestaltung, der das liberale Ideal des 21. Jahrhunderts definiert.

Für Einzelpersonen bedeutet dies, dass die traditionelle Art der Informationssuche über den bloßen finanziellen Wert hinaus erweitert werden muss. Der Markt hat auf diese veränderten Prioritäten reagiert und innovative Kriterien entwickelt, um den Bedürfnissen von verantwortungsbewussten Investoren gerecht zu werden. An vorderster Front dieser Bewegung stehen die ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance). Diese haben ihren Ursprung und ihre Weiterentwicklung in enger Verbindung mit den Studien der UNPRI (United Nations Principles for Responsible Investment) gefunden.

Diese Neuausrichtung konfrontiert uns mit tiefgreifenden Fragestellungen: Bedeutet die Etablierung solcher Kriterien nicht womöglich einen gravierenden Eingriff in das natürliche Marktgeschehen? Bis zu welchem Grad ist solch ein Eingriff gerechtfertigt? Der fortwährende Diskurs darüber lebt, und Wissenschaftler sehen sich stetig wachsenden Herausforderungen in dessen Analyse gegenüber. Aus meiner Sicht ist die grundlegende Frage, ob wir bei diesen anscheinend moralisch und ethisch legitimierte Marktentscheidungen an einer Moral der Taten oder einer Moral der Folgen orientieren.

Wie einfach schien moralisches Handeln in den letzten Jahren am Markt, insbesondere am Energiemarkt, gewesen zu sein. Im Zuge von globalen Umweltbewegungen und einer Renaissance eines gesellschaftsübergreifenden Umweltbewusstseins schien das nötige Handeln gegenüber CO2 intensiven Industrien klar zu sein. Diejenigen, welche die aktuelle Situation der Umwelt am stärksten beeinflusst haben, wollte man bestrafen.

Es wurde übersehen, dass es in der Wirtschaftswissenschaft seit Langem als gegeben gilt: Unternehmen, deren verfügbares Kapital schwindet, tendieren stark dazu, sich auf unmittelbare Ergebnisse zu konzentrieren, wodurch nachhaltige, umweltschonende Innovationen oft in den Hintergrund treten. Analog zu den 80er Jahren, in denen die Atombranche ins Ausland verlagert wurde und große Tech-Giganten ihre Fertigungsstätten nach China verlegten, siedeln heutige Chemieunternehmen ihre Produktionsanlagen in Länder des globalen Südens um. Dort ermöglichen laxere Umweltbestimmungen in denselben Herstellungsverfahren oft höhere CO2-Emissionen. Wieder einmal können wir uns im Westen selbst auf die Schulter klopfen, da durch solche Verlagerungen unsere eigenen Umweltbilanzen scheinbar verbessert werden.

Dies stellt das Wesen einer Moral der Handlungen dar. Aber wie können wir eine Ethik, die sich auf die Folgen konzentriert, legitimieren? Es gleicht einem schmalen Grat, den jeder verantwortungsbewusste Bürger beschreiten muss, eingeklemmt zwischen den Polen des moralischen Absolutismus und des moralischen Subjektivismus. Auf der einen Seite gibt es tief verwurzelte und dogmatische Prinzipien, die keinerlei Raum für Diskussion oder Flexibilität bieten. Auf der gegenüberliegenden Seite steht eine Haltung, die sich von traditionellen moralischen Überzeugungen löst und mit der Annahme, dass jedes Land seine eigene Moral autonom bestimmen sollte, sogar extreme Praktiken wie Kinderarbeit oder Sklaverei in einigen Kontexten entschuldigt.

Ein reflektierter und langfristiger Ansatz in der Unternehmensführung lässt uns hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Aktuelle Forschungsergebnisse untermauern die These, dass durch bewusste Beteiligung und verantwortungsvolle Strategien in Unternehmen nachhaltige Veränderungen nicht nur möglich, sondern bereits im Gange sind. Es wird sichtbar, dass Unternehmen, die sich auf zukunftsorientierte Produktionsprozesse und innovative Technologien konzentrieren, das Potenzial besitzen, einen tiefgreifenden Wandel in der Industrielandschaft anzustoßen. Noch bedeutender ist jedoch die Erkenntnis,

Unternehmen, deren verfügbares Kapital schwindet, tendieren stark dazu, sich auf unmittelbare Ergebnisse zu konzentrieren, wodurch nachhaltige, umweltschonende Innovationen oft in den Hintergrund treten.

dass jene Unternehmen, die ein echtes Bewusstsein für ihre soziale Rolle und Verantwortung entwickeln, nicht bei oberflächlichen Maßnahmen verweilen. Sie gehen über das bloße Aufstellen eines Obstkorb in der Kantine hinaus und übernehmen eine authentische Verantwortung für ihre Mitarbeiter, die Gemeinschaften, in denen sie arbeiten, und letztlich für die größere globale Gemeinschaft, der wir alle angehören.

Zusammenfassen lässt sich sagen, dass wir vor der Aufgabe stehen, unseren moralischen Kompass neu zu kalibrieren. Anstatt uns auf starre, unveränderliche Grundsätze zu verlassen, sind wir aufgerufen, eine dynamische, reflektierte Ethik zu entwickeln, die die Realitäten unserer Zeit berücksichtigt. Dies bedeutet nicht, Kompromisse bei unseren Grundwerten zu machen, sondern vielmehr, sie in einem sich ständig verändernden Kontext anzuwenden. Es ist an der Zeit, dass wir erkennen: Die wahre Stärke des Liberalismus liegt nicht in der reinen Marktfreiheit, sondern in der Fähigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt und ethische Integrität miteinander zu vereinen. Dieser Weg mag herausfordernd sein, aber er ist es wert, beschritten zu werden.



Axel Dockhorn, ist Ökonom und Dekanatsleiter an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Privaten Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) in Triesen. In seiner Forschung arbeitet er interdisziplinär mit den Rechtswissenschaften zu den Themenbereichen der Treuhandverpflichtung und der Effektivität von nachhaltigen Investitionen.

WAS KÖNNEN DAS INDIVIDUUM UND DIE POLITIK GEGEN DEN KLIMAWANDEL TUN?

von Prof. Dr. Berward Gesang

Fahrrad zu fahren, nicht zu fliegen oder die Kulturpraxis des Grillens einzustellen – dies und anderes wird dem Einzelnen als wirkungsvoller Beitrag gegen den Klimawandel empfohlen. Ist das aber wirklich effizient? Jeder CO₂-Rechner zeigt uns etwas anderes: Als Verbraucher ein Jahr auf Fleisch zu verzichten, spart beispielsweise 450 kg CO₂-Emissionen ein. Monetär spart man durch den Verzicht etwa 651 Euro. Würde man diesen Betrag zur Förderung von guten Klimaschutzprojekten in Ländern des globalen Südens spenden, brächte dies eine CO₂-Ersparnis von bis zu 28.300 kg CO₂. Auch wenn solche Ergebnisse natürlich immer von konkreten Entwicklungsprojekten abhängen: Spenden kann um ein Vielfaches größere Effekte haben als eine direkte Änderung des Emissionsverhaltens.

Manche meinen, das Individuum sei nicht die richtige Adresse, um über Pflichten beim Klimaschutz zu sprechen. Aufgaben wie den Klimaschutz könne keiner alleine stemmen, sondern es gehe hierbei um Probleme kollektiven Handelns, für die der Staat die Koordination schaffen müsse. Kann der Staat dafür sorgen, dass genügend Leute mitmachen, ist mein Beitrag nicht vergebens. Was aber, wenn der Staat bei dieser Koordinationsaufgabe versagt? Der Klimaschutz ist zu wichtig, um unerledigt zu bleiben. Man muss also fragen: Was kann der oder die Einzelne tun?

Individuen sollten versuchen, die Welt so weit besser zu machen, wie es im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt, also den Berg von Klimagasen, der sich vor uns auftürmt, so schnell und so viel wie möglich zu verringern. Der Staat hingegen sollte für koordinierte Veränderungen in Industrienationen sorgen. Beim Spen-

den geht es darum, Doppel- oder Mehrfachwirkungen systematisch auszunutzen. Beispielsweise können wir armen Bauern in Regenwaldgebieten dabei helfen, genügend Einkommen zu erwirtschaften, damit diese einer Nutzung des Waldes durch Palmölkonzerne die Zustimmung verweigern, sofern sie bzw. ihre Dörfer wie in Indonesien die Nutzungsrechte am Wald haben. Das zöge günstige Mehrfachwirkungen nach sich: Die Verringerung von Armut ginge Hand in Hand mit Klima-, Tier-, Arten-, Grundwasser-, Luft- und Pandemieschutz. Voraussetzung ist natürlich, dass das Geld auch wirklich vor Ort ankommt, etwa bei unabhängig zertifizierten Hilfsorganisationen.

In einer idealen Welt ohne Ressourcenknappheit sollten wir der oben erwähnten Standardstrategie der individuellen Verhaltensänderung folgen und spenden. Doch die Motivation zu helfen, ist in der realen Welt ein knappes Gut. Beim Spenden als individueller Handlungsmaxime überfordern wir uns nicht so schnell wie bei der Aufgabe, unser Verhalten zu ändern. Geld zu geben, fällt uns leichter, als unser Emissionsverhalten radikal umzustellen. Die Ökosteuer der rot-grünen Regierung in Deutschland hat gezeigt, das uns zahlen leichter fällt als verzichten. Zumal allen klar sein sollte, wohin eine radikale persönliche Umstellung des Emissionsverhaltens führen müsste: in eine Welt, in der man wieder angelt und jagt, um sich selbst zu versorgen, in der auch wieder Kutschen auf den Straßen fahren. Nur so ließe sich, wie es der „Postwachstumspapst“ N. Paech einmal skizziert hat, der Klimawandel nennenswert abschwächen; unser kompletter Lebensstil stünde zur Disposition.

Solange wir über freiwilliges Handeln sprechen, bei

dem die Individuen uns als Lückenbüßer für den Staat etwas Aufschub im Klimawandel verschaffen müssen, sollte man nichts tun, was ineffizient ist und motivationshemmend wirkt. Die Frage der Effizienz spricht auch dagegen, ein neues Spendenverhalten und individuelle Verhaltensänderungen zugleich und gleichberechtigt zu fordern. Angenommen, ich habe nur zwei Euro zur Verfügung, und die eine Strategie ist um ein Vielfaches effizienter als die andere: Sollte ich da je einen Euro für beide Strategien ausgeben – oder nicht doch lieber beide Euros auf die effizientere Strategie setzen?

Andererseits fühlen sich viele Menschen beim Spenden als „Heuchler“, solange sie nicht auch selbst CO₂ einsparen. Eine Kombination der beiden Strategien könnte daher vielleicht den politisch einzufordernden Mentalitätswandel in den Köpfen und in vielen Regalen am ehesten auf den Weg bringen. Psychologische Realitäten muss man beachten. Trotzdem müsste man gut begründen, weshalb man ein vielleicht fünfzimal ineffizienteres Mittel wählt statt des effizienten.

Die hier vorgeschlagene Strategie heißt „spende und ersetze“. Sie gilt nur so lange, wie die CO₂-Vermeidungskosten im Globalen Süden erheblich geringer sind als bei uns und wir den Staaten privat aushelfen müssen, was allerdings zum Dauerzustand werden könnte angesichts der fortschreitenden Zeit. Staaten sollen der Kooperation bei der Umstellung der Emissionen einen Rahmen geben, der es wahrscheinlicher macht, dass diese Umstellung gelingt. Bei der Standardstrategie kann man zweifeln: Was bewirkt meine kleine CO₂-Einsparung, wenn sich doch nur maximal zehn Prozent der reichsten und gebildetsten Bevölkerungsgruppe weltweit überhaupt um Vergleichbares

bemüht? „Spende und ersetze“ sorgt hingegen dafür, dass konkreten Menschen in Armut geholfen wird, auch wenn sonst niemand kooperiert. Mein „Opfer“ hat immer einen Wohlfahrtsgewinn und ist daher nie vergeblich: Mehr Klimaschutz wiederum kann aufgrund falsch gewählter Projekte scheitern, ebenso wie Erfolg der Standardstrategie wegen fehlender Kooperation ausbleiben kann. Werden die richtigen Projekte gewählt, spart dies jedoch mehr CO₂ ein als meine persönliche Verhaltensänderung und das mit erheblich viel weniger Kooperierenden als bei der Standardstrategie.

„Spende und ersetze“ ist dabei kein Ablasshandel, wenn es mit der moralischen Verpflichtung gekoppelt ist, regelmäßig und im Rahmen der moralischen Verpflichtung zu spenden, die ich in meinen Büchern erläutere. Mit dieser Strategie stellen wir unser Verhalten ebenfalls um – aber nicht, indem wir weniger emittieren, sondern, indem wir mehr spenden. So tragen wir mehr Last für das moralisch Richtige. Bei einem Ablasshandel ginge es nur darum, uns selbst Erleichterung zu verschaffen – und eben nicht darum, das Richtige voranzubringen. Es geht nicht um eine persönliche „Entschuldung“, sondern um weniger Armut und weniger CO₂ weltweit.

Mein Auto weiterzufahren, wäre innerhalb dieses gerade skizzierten Rahmens erlaubt, wenn ich regelmäßig und ausreichend spende, und zwar mehr, als mein Autofahren schadet. Auch das erinnert ein wenig an „es sich einfach machen“, aber das ist durchaus gewollt, denn diese Strategie soll uns ja leichter fallen als die Standardstrategie. Deshalb werden sie hoffentlich auch mehr Menschen umsetzen. Zugleich verschiebt sie die Verantwortung auf das Spenden und auf einen Politikwechsel vor Ort. Beides hängt zusammen, denn



auch vom Spenden geht das politische Signal aus, dass die Menschen eine Klimawende wünschen, was Veränderungsdruck auf die Politik erzeugt. Mit dem US-amerikanischen Philosophen W. Sinnott-Armstrong gesprochen: „Genieße Deine Spaßfahrt im SUV, und tue gleichzeitig alles dafür, damit die Politik allen Akteuren, also auch Dir, solche Spaßfahrten verbietet.“ Wir sollten uns dort politisch engagieren, wo es effizient ist. „Fridays for Future“ etwa macht uns dies bewundernswert vor. Und um nicht als Lobbyist für die Autoindustrie missverstanden zu werden, will ich dem obigen Zitat von Sinnott-Armstrong voranstellen: Nur wer die Motivation zu helfen verliert, wenn er seinen gewohnten Lebenswandel völlig umstellen muss, sollte diesen Lebensstil bewahren – wenn er denn zugleich entsprechend spendet. Nur dann sollte er die Spaßfahrt genießen dürfen, wenn er sich politisch für ein Verbot einsetzt.

Ist das schizophren, weil ich inkonsequent bin? Wir sind einem Denken verhaftet, das uns selbst und unser integriertes Verhalten als den Nabel der Welt begreift. Wenn ich konsequent bei mir selbst anfangen, dann wird schon alles gut. Doch das ist falsch. Denn es geht ja gar nicht um mich, sondern um den Klimaschutz. Darüber hinaus glauben wir, dass Moral wehtun müsse. Nur wenn ich richtig leide, gehöre ich zu den Guten. Das kommt zwar von Immanuel Kant, ist aber trotzdem Nonsense. Denn es verkennt, dass die Motivation zu helfen ein knappes Gut ist, das man schnell verlieren kann. Die wenigsten Menschen sind Helden mit unbegrenztem Budget für Altruismus.

Für alle, die bei diesem Denkmanöver immer noch Magenschmerzen haben: Da unser Wissen über die Zukunft leider nicht perfekt ist und wir normalerweise Wesen sind, die nicht alles an Effizienz festmachen, sollten wir erwägen, mehrere Strategien gleichzeitig zu verfolgen. Wichtig ist: In einem Portfolio der Strategien sollte „spende und ersetze“ jedenfalls seinen Platz haben, aber man kann auch die Standardstrategie ins Portfolio übernehmen, wenn sie nicht zu viel kostet. Und wie hoch welche Kosten in Form eines Verlusts von Wohlergehen für ein Individuum ausfallen, bestimmt seine eigene Wahrnehmung. Wem es nichts ausmacht, kein Fleisch zu essen, für den ist diese Maßnahme auch kein Motivationshindernis. Meine Argumentation greift nur, gegeben die Interessenlage von „Ottonormalverbraucher“, der ein begrenztes Budget zum Helfen hat. Oft kann jedoch sogar der ohne

Kosten kooperieren: Zum Beispiel kostet es de facto nichts (per Briefwahl) zu wählen oder Ecosia statt Google auf dem Rechner zu installieren. Also sollte man das machen. So wird das „entweder oder“ doch noch zu einem bedingten „sowohl als auch“.

Das lässt sich auch auf die Politik übertragen. Effizienz sollte zählen und nicht nur die richtige Bilanz im eigenen Land. Klimaneutralität für Deutschland ist als Ziel der Klimapolitik zu kurz gedacht, denn Klimaneutralität ist nur global anstrebenswert. Es könnte sein, dass nationale Klimaneutralität bei uns realisiert wird, aber Deutschland trotzdem untergeht, da die anderen Länder nicht mitgezogen haben. Maßnahmen wie flächendeckende Elektromobilität können teuer sein und für das Geld ließe sich eventuell mit Spenden zur Bewahrung von CO₂ Speichern viel mehr CO₂ sparen. Der ehemalige Präsident von Ecuador S. Correa hat zum Beispiel angeboten, den Regenwald intakt zu lassen, wenn der Westen dafür bezahlt. Das wäre viel sinnvoller gewesen als viele teure Maßnahmen im Inland, scheiterte aber. Der Staat hat zwar andere Pflichten als das Individuum, denn er muss politische Allianzen schließen, was Glaubwürdigkeit erfordert. Zudem muss er neue Techniken gegen den Markt etablieren wie der einst die erneuerbaren Energien, um diese effizienter zu machen und dann in Entwicklungs- und Schwellenländer abzugeben. Aber gleichwohl: Maßnahmen im Inland wollen auf Effizienz geprüft werden! Die nationale Energiewende ist sinnvoll, aber der richtige Mix mit einer wirksamen Klima-Außenpolitik ist zu suchen, und bislang liegt unser Augenmerk ganz vorrangig bei nationalen Maßnahmen.



Bernward Gesang ist ein deutscher Philosoph, Hochschullehrer und Sachbuchautor. Gesang studierte an den Universitäten Bonn und Münster. 1993 schloss er sein Studium mit dem Magister ab, 1994 wurde er an der Universität Münster promoviert. Von 1997 bis 1999 war er Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Lehrbeauftragter in Münster. 2000 habilitierte er sich an der Universität Düsseldorf und wurde dort Privatdozent. Nach Lehraufträgen und Vertretungsprofessuren in Zürich, Konstanz, Essen und Basel wurde er 2006 Professor für Philosophie an der Universität Düsseldorf. Im Jahr 2009 wurde er an die Universität Mannheim auf den Lehrstuhl für Philosophie mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsethik berufen.

UNSERE DISKUSSIONSKULTUR: WIR HABEN DEN MUT ZUR VERÄNDERUNG VERLOREN

von Tim Gottsleben

In der liberalen Familie diskutieren wir gerne, auch lebhaft. Besonders dann, wenn Überzeugungen nicht mit dem vermeintlichen liberalen Konsens vereinbar sind. Viele von uns sind schnell dabei, wenn es darum geht, andere Meinungen oder Beiträge in der liberalen Familie als „illiberal“ abzuwerten. Damit verengen wir unseren Blick auf das politisch Mögliche – und das kann abschrecken.

In den letzten zwei Jahren konnte man diese Diskussionskultur anhand von zwei Beispielen beobachten: Der Frage nach einer Corona-Impfpflicht und unserem Weg beim Klimaschutz. Eines ist hierbei klar: Wer für die Impfpflicht war, ist kein Liberaler. Und Gesetze zum Klimaschutz sind pauschal abzulehnen. Wenn wir unseren Gestaltungswillen verlieren – oder einfach nicht erfolgreich vermitteln – werden wir auch bei den nächsten Wahlen abgestraft.

Im März 2020 erreichte die Corona-Pandemie eine Dimension, die die Politik in Deutschland und weiten Teilen der Erde zu einschneidenden Maßnahmen zwang. Wie kaum zuvor spürten wir die Folgen der restriktiven Corona-Politik am eigenen Leibe. Hunderttausende Schüler litten unter den Schulschließungen, Studierende und Unternehmer gerieten in finanzielle Notlagen, die psychische Gesundheit von Millionen von Menschen erodierte und hinterlässt Spuren bis heute. Ganz zu schweigen von den vielen tausend Todesopfern des Virus.

Nach anderthalb Jahren einer schier endlosen Aneinanderreihung von Berichten über Todeszahlen und angekündeten Lockdowns durch die legendär-dramatischen Ministerpräsidentenkonferenzen kam die Debatte um eine mögliche Impfpflicht gegen das Corona-

Virus auf. Der Reflex der Liberalen war bis auf wenige Ausnahmen eindeutig: Eine Impfpflicht darf es nicht geben.

Aus der Philosophie des Liberalismus gehe hervor, dass man einer solchen Maßnahme nicht zustimmen dürfe. Die Frage ist ein real-existierendes Problem und die Antwort darauf ist abstrakte Philosophie. Das funktioniert nicht.

Die Pandemie könnte man in zwei Phasen der Illiberalität aufteilen: In Phase 1 siegten Egoismus, bequeme Ausreden und Faulheit über das Prinzip der Eigenverantwortung. Das Virus breitete sich ungebremsst aus, allein in Deutschland starben über 171.000 Menschen. In Phase 2 wurden die Lockdowns verhängt – eine Erklärung, weshalb diese die Freiheit beschränkten, erübrigt sich. Der schnelle Ausweg aus beiden Phasen der Illiberalität hätte die Impfpflicht sein können.

Stattdessen pochten wir auf Eigenverantwortung. Ein Prinzip, das während der Pandemie bereits gescheitert war. Anstelle tausender Todesopfer, dem Leistungsabsturz unserer Schüler, den vielen Depressionserkrankungen – diese Liste ließe sich beliebig erweitern – stünde ein Piecks und eine Nacht voll Kopf- und Gliederschmerzen. Doch für uns als Liberale stand das nicht zur Debatte. „Lieber Lockdowns als Impfpflicht“ war die Marschroute. Dass die Pandemie kurz danach abklingen würde, war nicht absehbar.

An der Debatte – oder der nicht geführten Debatte – um die Impfpflicht wird klar, dass wir in unserer Bubble, die – wo es nur geht – gegen Denkverbote ist, uns selbst einen Maulkorb verpasst haben. Natürlich kann man gegen die Impfpflicht argumentieren und auch dagegen stimmen. Es wird aber vermittelt, dass

man keine Wahl hat. Wenn Du ein Liberaler sein willst, dann musst Du gegen die Impfpflicht sein. So hast Du zu denken.

Auch bei der Klimakrise kann eine solche Haltung sehr frustrierend wirken. Der Klimawandel gefährdet die Überlebensfähigkeit unserer liberalen Gesellschaft, da sie jede für uns heilige Institution bedroht. Ohne Klimaschutz keine Marktwirtschaft, kein sauberes Wasser, kein Essen, kein Überleben.

Und trotzdem kann ich förmlich hören, wie einige jetzt schon die Augen verdrehen. Das liegt vor allem daran, dass wir uns in unserer eigenen Bubble nur mit eFuels und Kernfusion gegenseitig beschwichtigen, uns aber nicht mit den Risiken des Klimawandels auseinandersetzen. Spricht man die möglichen Folgen der Klimakrise aus, wird man bei uns schnell als „Schwarz-maler“ bezeichnet.

Aber wie hat die FDP plakatiert? „Nichtstun ist Machtmissbrauch.“ Und trotzdem fällt vielen zur Klimakrise nichts anderes ein, als – völlig zurecht – das Gebet von der Marktwirtschaft aufzusagen. Auf die Frage hin, was das genau bedeuten soll, wird bestenfalls mit dem EU-Emissionshandel und möglichen Innovationen argumentiert. Nur leider passt es vielen in unserer Bubble scheinbar nicht, wenn der Emissionshandel und die Förderung von Innovationen funktionieren.

Monatelang wurde der Bundeswirtschaftsminister, Robert Habeck, für sein „Heizungsgesetz“ aus Teilen unserer liberalen Familie heraus kritisiert, auch diffamiert. Dabei ging es um ein völlig marktwirtschaftliches Konzept: Neue Heizung? Her damit. Technologie? Egal. Hauptsache, sie wird größtenteils klimaneutral betrieben. Hinzu kommen weitreichende Ausnahmen und Übergangsfristen.

Stattdessen sollen wir uns anstelle des Gesetzes auf die Innovationen des Marktes verlassen. Einziger Haken: Die Wärmepumpe ist genau diese Innovation. Ihr Wirkungsgrad übertrifft Öl- und Gasheizungen in Straßenschuhen und der Mythos der Notwendigkeit

einer kompletten Wärmedämmung hält sich nach wie vor hartnäckig – das stimmt aber in den meisten Fällen nicht. Mit dem Heizungsgesetz werden Klima, Innovation und Eigentum geschützt bzw. gefördert.

Trotzdem stellen wir das Gesetz, das eine bezahlbare Innovation feiert, als das komplette Gegenteil hin. Das ist es, was die Wählerinnen und Wähler derzeit an uns frustrieren könnte: Wir stehen nicht mehr für den Mut, einen solchen Schritt zu wagen.

Wir verschieben das Problem in die Zukunft: eFuels, Wasserstoff, Carbon-Capture. Diese Innovationen sind noch nicht marktreif und in Teilen nicht die Lösung. Dabei haben wir mit bezahlbaren Elektroautos, dem Bau von Windparks oder – ich nenne sie noch einmal – Wärmepumpen viele Innovationen, die sich bereits durchgesetzt haben. Man lehnt Innovationen ab, weil es nicht die Innovationen sind, die einem persönlich

recht sind. Dann soll man es offen aussprechen: Ich habe nicht den Mut dazu, mein Verhalten trotz der Klimakrise zu ändern. Es ist fatal, wenn wir mit dieser Grundhaltung an politische Entscheidungen herangehen.

Wenn wir als Liberale wieder die Diskussion darüber zulassen, Risiken in den politischen Entscheidungen einzugehen, können wir wieder aus dem Stand zehn Prozent holen. Dazu müssen wir die Notwendigkeit von großen Veränderungen akzeptieren und die Entschlossenheit zeigen, diese anzupacken.

Der Klimawandel gefährdet die Überlebensfähigkeit unserer liberalen Gesellschaft, da sie jede für uns heilige Institution bedroht. Ohne Klimaschutz keine Marktwirtschaft, kein sauberes Wasser, kein Essen, kein Überleben.

Man lehnt Innovationen ab, weil es nicht die Innovationen sind, die einem persönlich recht sind. Dann soll man es offen aussprechen: Ich habe nicht den Mut dazu, mein Verhalten trotz der Klimakrise zu ändern.



Tim Gottsleben (25) arbeitet als Wissenschaftlicher Referent in Berlin und promoviert in Politikwissenschaft über die Auswirkungen von Chinas „Belt and Road Initiative“ auf Bildung und Forschung. Seit 2018 engagierte er sich in Bayern und NRW bei den Liberalen Hochschulgruppen und ist seit Januar 2023 Mitglied des Bundesvorstandes.

RELIGION UND POLITIK – PERSPEKTIVEN AUF EIN VIELSCHICHTIGES VERHÄLTNISS

von Catharina Jabss

Forderungen nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche sind auch aus liberalen Kreisen in Deutschland immer wieder zu hören. Diese Forderungen und daran anschließende Diskussionen verkürzen jedoch die eigentliche Fragestellung, geht es doch um ein komplexes und vielschichtiges Verhältnis von Religion und Politik in einer offenen und darum immer pluralistischen Gesellschaft. Darüber in einer liberalen Perspektive zu schreiben, bedeutet – wie es viele andere Beiträge in vergangenen Ausgaben tun –, vom Begriff und Verständnis der Freiheit auszugehen. Hier sollen allerdings nicht unterschiedliche Freiheitsverständnisse theologischer und politischer Natur gegeneinander abgewogen werden, sondern gemeinsam nach der bestmöglichen Umsetzung der in Artikel 4 des Grundgesetzes festgeschriebenen Religionsfreiheit gefragt werden.

Die Unverletzlichkeit der Freiheit des religiösen Bekenntnisses umfasst sowohl einerseits die negative und positive Religionsfreiheit als auch andererseits jeweils die individuelle und korporative Religionsfreiheit. Während aus der negativen Religionsfreiheit folgt, dass niemand zu einem Glauben gezwungen werden kann und frei ist, eben auch nicht zu glauben, ist in der Perspektive der positiven Religionsfreiheit, die in ihrer korporativen Dimension eben nicht nur das individuelle Leben des Glaubens, sondern auch gemeinschaftliche Äußerungsformen und deren Rahmenbedingungen umfasst, auf die vielfältige Präsenz religiöser Aspekte im Leben religiöser Menschen zu verweisen. Unabhängig von juristischen Grenzfällen, in denen über die Definition von Religion auf unterschiedlichen Ebenen zu entscheiden ist, ist hervorzuheben, dass der Artikel des Grundgesetz-

zes alle Religionen und auch die immanent begründeten Weltanschauungen und damit nicht nur das Christentum in allen Dimensionen betrifft. Religions- und Weltanschauungsfreiheit konvergiert nicht nur mit Aspekten des Minderheitenschutzes, sondern gilt eben als Grundrecht in all seinen Dimensionen für alle.

Auf der Ebene des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften sichert der Staat diese Dimensionen der Religionsfreiheit durch einen rechtlichen Rahmen und unterschiedliche Einzelregelungen. Dabei bedeutet staatliche Neutralität nicht die Verbannung jeglicher Form von Religion aus dem öffentlichen Raum, denn dies würde eine einseitige Neigung zur negativen Religionsfreiheit bedeuten. Stattdessen geht es bei staatlicher Neutralität in religiösen Dingen um die religiöse Unvoreingenommenheit des Staates und die Gleichbehandlung aller Religionen (in Anerkennung der positiven Religionsfreiheit). In der Konsequenz dessen regelt der Staat auch das Umfeld religiöser Äußerungsformen, insbesondere dort, wo das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften sich mit staatlichen Regelungsbereichen überschneidet – dem Bereich der sogenannten res mixtae (z.B. Religionsunterricht, Gefängnisseelsorge, Militärseelsorge). Diese Zusammenarbeit von Staat und Religionen entsprechend der positiven Religionsfreiheit entspricht dem Selbstverständnis vieler Religionen, insbesondere des Christentums, im Leben der Menschen wirken und zu dessen Verbesserung beitragen zu können. Denn Religion ist nicht allein eine innere und private Angelegenheit, sondern intrinsisch darauf angelegt, sich in unterschiedlichen Formen im religiösen und gesellschaftlichen Leben zu äußern. Doch neben der religionsverfassungsrechtlichen Di-

mension, bei der weitere verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Regelungen im Grundgesetz und in Bundes- und Landesgesetzen Art. 4 GG ergänzen, ist das Verhältnis von Religion und Politik in weiteren Perspektiven zu betrachten, von denen drei hier zu nennen sind: Religion als politisches Thema, Religionsgemeinschaften als politische Akteure sowie die Religion der Politikerinnen und Politiker.

In der ersten Perspektive finden sich religionspolitische Fragestellungen von den erwähnten *res mixtae*, über Fragen nach der Form der Präsenz des Religiösen im öffentlichen Raum und dem politischen Umgang mit den Folgen einer religiös pluraler werdenden Gesellschaft. Klar ist: Je mehr unterschiedliche religiöse Akteure da sind, desto vielfältiger werden die Fragen, die politisch unter den Grundsätzen der Religionsfreiheit und von daher auch weitestgehend in Kongruenz mit dem Selbstverständnis der Religionen zu entscheiden sind.

Religionen sind auch im politischen Umfeld präsent, vertreten durch unterschiedliche Personen und Institutionen. Die beiden großen christlichen Kirchen sehen es – theologisch begründet – als einen Teil ihrer Aufgabe in der Welt, die Gesellschaft mitzugestalten, die politische Stimme der gesellschaftlich Benachteiligten zu sein und die Politik kritisch zu begleiten und auch auf Missstände aufmerksam zu machen. Das geschieht durch kirchliche Äußerungen und Stellungnahmen sowie insbesondere durch die Dienststelle der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (sowie ihr katholisches Pendant, das Katholische Büro in Berlin). Sie verstehen ihre Aufgabe als eine dreifache: Es geht in ihrer Arbeit darum, Seelsorgerin für die Politikerinnen und Politiker zu sein, Stimme der Stimmlosen, die keine eigene Lobby haben, in der Politik zu sein und eigene kirchliche Interessen gegenüber der Politik zu vertreten.

Nicht nur spiegeln sich in diesen Aufgaben unterschiedliche in diesem Artikel benannte Aspekte, sondern vor allem wird auch in dem ersten Punkt deutlich, dass Politikerinnen und Politiker religiöse Individuen sind. Dabei können ihre Haltungen und ihr Handeln an unterschiedlichen Enden des Spektrums von Religionsfreiheit verortet werden. Dem einen ist es wichtig, öffentlich seine religionskritische Haltung zu äußern, während die andere ihr politisches Dasein aktiv als Christin gestaltet. Dabei geht es nicht um eine direkte Übersetzung von Glaubensinhalten und Bibelstellen in

ein entsprechendes Abstimmungsverhalten im Parlament, sondern um die Umsetzung aus einer selbstverantworteten Glaubensreflexion individuell erkannter Grundüberzeugungen und Grenzlinien, innerhalb derer sich politisches Abwägen, Diskutieren und Abstimmen bewegen.

Die Präsenz dieser Grundhaltungen und Grenzlinien ist abhängig vom politischen Thema. Nicht nur, aber insbesondere bei ethisch-moralischen Fragen werden sie oft deutlich. Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen Kirche geben dabei keine „moralisch richtige“ Entscheidung vor, sondern bieten mögliche Reflexionsimpulse und sind Gesprächspartnerinnen auf der Suche der Politikerinnen und Politiker nach ihrem jeweiligen ethischen Standpunkt.

Die unterschiedlichen Perspektiven auf Religion und Politik haben dabei gezeigt, dass eine Verkürzung des Verständnisses von Religion auf eine wie auch immer geartete moralische Funktion ihr nicht gerecht wird. Religion gibt sicherlich ethische und moralische Orientierungen. Dies erfolgt nach protestantischer Überzeugung aber nicht im Modus einer direkten Ableitung der einen richtigen Handlung und Entscheidung, sondern im Modus individuell verantworteter Glaubensreflexion. Eine gesellschaftliche Wahrnehmung von Kirchen und religiösen Akteuren als Moral- und Wertagenturen verkennt darüber hinaus die Vielfalt dessen, was Religionen spirituell, moralisch und intellektuell ausmacht.

Religion von der Politik und in der Politik in ihren vielschichtigen Facetten wahrzunehmen, sollte im Fragen nach einer modernen Religionspolitik in einer pluralistischen Gesellschaft und allen Diskussionen um Veränderungen im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften der gemeinsame Ausgangspunkt sein.



Catharina Jabss, Jahrgang 1996, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster und Beauftragte für den Dialog mit den politischen Jugendverbänden bei der Bevollmächtigten des Rates der EKD. Sie studierte Evangelische Theologie in Greifswald, Tübingen, Genf und Münster sowie Politik- und Rechtswissenschaften.

MORALISCHE DILEMMATA DER WIRTSCHAFTSSANKTIONEN:

EINE MORALPHILOSOPHISCHE REFLEKTION

von David Grasveld

Wann immer ein bewaffneter Konflikt ausbricht oder ein Regime tiefgreifende Menschenrechtsverletzungen begeht, werden in der internationalen Gemeinschaft schnell Forderungen nach Gegenmaßnahmen laut. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich dabei insbesondere eine Variante als erfolgversprechend durchgesetzt: Die Wirtschaftssanktionen. Ursprünglich als gewaltlose Alternative zu militärischen Interventionen konzipiert, sind sie jedoch zunehmend in Verruf geraten, und auch ihre tatsächliche Wirksamkeit wird immer häufiger angezweifelt. Zudem sind sie moralisch umstritten, da sie in ihrer Wirkung oftmals nicht ausreichend zwischen den eigentlichen Aggressoren und unbeteiligten Zivilisten unterscheiden können, sondern beide gleichermaßen treffen. Unter welchen Umständen können Wirtschaftssanktionen also vertretbar, ja vielleicht sogar gerechtfertigt und notwendig sein? Eine moralphilosophische Reflektion kann helfen, darauf Antworten zu finden.

Um den moralischen Wert von Wirtschaftssanktionen beurteilen zu können, sollte man sich zunächst deren zugrundeliegenden Gedanken vor Augen führen. In der Theorie sollen Wirtschaftssanktionen dazu dienen, bestimmte Akteure auf nicht-militärische Weise dazu zu bewegen, ihr Verhalten zu ändern, indem ihre wirtschaftlichen Interessen gezielt behindert und erst nach einem Einlenken wieder freigegeben werden. Auf diese Weise hofft man po-

litische Veränderungen, ohne die Notwendigkeit einer gewaltsamen Militärintervention herbeizuführen.

Es ist dabei wichtig, zwischen verschiedenen Arten von Wirtschaftssanktionen zu unterscheiden: Manche Sanktionen in Form von Embargos unterbinden den In- und Export bestimmter Güter, um damit etwa einen Wirtschaftszweig zu schwächen oder beispielsweise die Produktion von Waffen zu unterbinden. Andere sogenannte Verkehrssanktionen zielen wiederum darauf ab, eine bestimmte Region von der Außenwelt zu isolieren, indem jegliche Schiffs- und Flugverbindungen gekappt werden und der Transport von Personen und Gütern somit erschwert wird. Finanzsanktionen wiederum sollen den Finanzsektor schwächen, indem der internationale Kapitaltransfer verboten wird, Investitionen erschwert, oder Auslandskonten eingefroren werden. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, freiwillige Zahlungen wie beispielweise Entwicklungshilfe auszusetzen, wie es jüngst im Nahost-Konflikt als Reaktion

auf den Überfall der Hamas auf Israel geschah.

Je nach gewählter Form der Sanktionen wird dabei jedoch in Kauf genommen, auch die unbeteiligte Zivilbevölkerung zu treffen und auf diese Weise Druck auf die eigentlichen Aggressoren aufzubauen, was zu einem moralischen Dilemma führen kann. Um

die Gerechtigkeit von Wirtschaftssanktionen in Einzelfällen zu beurteilen, können verschiedene Perspektiven der Moralphilosophie zu Rate gezogen werden.

Je nach gewählter Form der Sanktionen wird dabei jedoch in Kauf genommen, auch die unbeteiligte Zivilbevölkerung zu treffen und auf diese Weise Druck auf die eigentlichen Aggressoren aufzubauen, was zu einem moralischen Dilemma führen kann.

Aus Sicht des Utilitarismus, der auf Jeremy Bentham und John Stuart Mill zurückgeht, ist der moralische Wert einer Handlung primär nach ihren Konsequenzen zu beurteilen. Das Ziel ist dabei, das allgemeine Wohlergehen zu maximieren, indem der gesamte positive Nutzen einer Handlung für die Menschheit die eventuellen negativen Folgen überwiegt. Ist die Gesamtsumme des Nutzens abzüglich aller nachteiligen Folgen positiv, so ist eine Tat als moralisch richtig zu beurteilen, ist die Gesamtsumme hingegen negativ, so ist die Tat moralisch falsch.

Im konkreten Fall von Wirtschaftssanktionen müsste man also abwägen, ob der erhoffte positive Effekt der Sanktionen, wie etwa eine möglichst schnelle Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, die negativen Folgen überwiegt, wie beispielsweise ein temporäres Leiden der Zivilbevölkerung unter den Folgen von Embargos und Verkehrssanktionen. Auf den ersten Blick mag eine solche Abwägung vernünftig und zielführend erscheinen, in der Praxis stellt sie sich jedoch als äußerst komplex dar: Wie soll der Nutzen und Schaden der Sanktionen überhaupt quantifiziert werden? Soll das Leiden der Zivilbevölkerung gleich gewichtet

werden wie das der Aggressoren, oder ist eine gewisse Asymmetrie zulässig? Kann ein positiver Nutzen überhaupt gegen das verursachte Leid aufwiegen?

Hier hilft es nun, zwischen den verschiedenen Arten der Sanktionen zu unterscheiden: Während Handelsembargos und Verkehrssanktionen meist die gesamte Bevölkerung treffen, lässt sich bei Finanzsanktionen wie etwa dem Einfrieren von Auslandskonten wesentlich gezielter gegen Aggressoren vorgehen. Daraus ergibt sich, dass die potenziellen negativen Folgen bei solchen Sanktionen begrenzt sind, während der positive Nutzen hoch ist. Die Gesamtsumme des Nutzens würde also voraussichtlich dem verursachten Leid überwiegen, und solche Sanktionen aus utilitaristischer Perspektive als gerechtfertigt beurteilen. Anders sieht es jedoch bei Sanktionen aus, die indifferent sind und die gesamte Bevölkerung gleichermaßen treffen. Hier könnte das Leid der vielen Zivilisten durchaus schwerer wiegen als der zu erwartende positive Nutzen durch die Bestrafung von wenigen Aggressoren, und die Sanktionen aus utilitaristischer Sicht also als unmoralisch gelten.

Eine andere Perspektive bietet die deontologische

Ethik, die maßgeblich von Immanuel Kant beeinflusst wurde. Sie beurteilt den moralischen Wert von Handlungen im Gegensatz zum Utilitarismus nicht anhand der Konsequenzen, die sie herbeiführen, sondern anhand ihres intrinsischen Wertes und der Prinzipien, von denen sie geleitet werden. Er formuliert dazu den sogenannten kategorischen Imperativ, der als eine Art universelle Orientierungsregel zur Überprüfung des moralischen Werts bestimmter Handlungen dienen soll. Ein zentrales Konzept spielt dabei die Universalisierbarkeit von Handlungen. Handlungen können nur dann moralisch gerecht sein, wenn sie auf Maximen beruhen, die universalisierbar sind; das heißt, dass sie als allgemeingültiges Gesetz gedacht und gewollt werden können. Auf Wirtschaftssanktionen übertragen bedeutet dies, dass sie nur dann gerecht sein können, wenn sie bedingungslos und ohne Widerspruch in jedem anderen vergleichbaren Fall angewendet werden könnten, der die gleichen Voraussetzungen erfüllt. Ist es hingegen so, dass sich die angedachten Sanktionen nicht zu einer allgemeinen Regel universalisieren lassen – etwa, weil es zu weitreichend wäre, in Zukunft in jedem vergleichbaren Fall die exakt gleichen Sanktionen zu verhängen – sind die Sanktionen im vorliegenden Einzelfall vermutlich auch nicht angebracht.

Ein weiterer Bestandteil des kategorischen Imperativs bildet die „Selbstzweckformel“: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel betrachtest“. Damit eine Handlung also moralisch gerechtfertigt ist, muss sie die Menschheit immer als Zweck und nicht als reines Mittel betrachten. Angewandt auf das moralische Dilemma der Wirtschaftssanktionen bedeutet dies, dass solche Sanktionen unmoralisch sind, welche die Menschheit nicht als Zweck an sich selbst, sondern bloß als reines Mittel zum Erreichen eines anderen Zweckes betrachten. Es wird sofort deutlich, dass indifferente Wirtschaftssanktionen, welche das Leiden der Zivilbevölkerung als Druckmittel auf die Aggressoren einsetzen, aus deontologischer Sicht also klar unmoralisch sind, da die Menschheit in ihrer Würde verletzt wird, wenn sie ausschließlich zum Erreichen eines anderen Zweckes eingesetzt wird. Bei gezielten

Sanktionen hingegen wird die Selbstzweckformel nicht verletzt, da die Menschheit in diesem Fall nicht als Mittel verwendet wird, sondern als reinen Zweck und in Würde anerkannt wird.

Man kann darauf also schließen, dass sowohl der Utilitarismus als auch die deontologische Ethik wertvolle Perspektiven für die moralische Bewertung von Sanktionen bieten. Einerseits un-

terscheiden sich die beiden Theorien teilweise in den berücksichtigten Kriterien und den erreichten Schlussfolgerungen, andererseits deuten sie beide jedoch darauf hin, dass gezielte Sanktionen, die zwischen Aggressoren und unschuldiger Zivilbevölkerung unterscheiden differenzieren, generell vorzuziehen sind. Somit ist beispielsweise das Einfrieren von Auslandskonten von Individuen in moralischer Hinsicht einfacher zu rechtfertigen als das Verhängen von Embargos oder das Kappen wichtiger Verkehrsverbindungen, die oftmals auch unbeteiligte Zivilisten treffen. Dennoch ist es wichtig zu erkennen, dass die moralische Bewertung von Sanktionen auf Einzelfallbasis erfolgen sollte, wobei sowohl ethische Grundsätze als auch praktische Erwägungen berücksichtigt werden müssen. Das richtige Gleichgewicht zu finden, um Sanktionen zu verhängen, die sowohl wirksam als auch moralisch gerecht sind, bleibt eine komplexe Herausforderung im Bereich der internationalen Beziehungen.



David Grasveld ist International Officer im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen und war zuvor langjährig im internationalen Komitee der Jungen Liberalen aktiv. Er hat einen Bachelor in internationalen Beziehungen und studiert momentan politische Philosophie an der Universität Groningen in den Niederlanden.

WIR SIND DIE FAIR-GEGENÜBER-JUGENDLICHEN-VERSICHERUNG.

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter: www.pkv.de/besser-für-alle

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

CHAT GPT – WAS IST WAHRHEIT?

von Johannes Brill

Vor mehr als einem Jahr wurde von dem US-Amerikanischen Start-Up Open AI das KI-Modell Chat GPT veröffentlicht. Was Digitalisierungsexperten vor fünf Jahren noch prognostiziert haben, erreicht mit dem Release von Chat GPT 3.5 den breiten Markt. Seit der Einführung von Chat GPT hat sich die Art und Weise, wie Menschen mit künstlicher Intelligenz interagieren, grundlegend verändert. Chat GPT ermöglichte eine zuvor von keinem KI-Modell erreichte Interaktivität und Personalisierung im Umgang mit KI-Modellen.

Die Frage, ob KI in der Zukunft die Arbeit erleichtern wird, oder sie sogar ganz ersetzen wird treibt viele Menschen um. Eine Studie von EY bestätigt, dass gut 25% aller Deutschen Angst vor einem Jobverlust durch künstliche Intelligenz haben. Dabei geht die Angst des Arbeitsverlust stark einher mit der Angst vor einem Identitätsverlust. Was macht der Mensch denn, wenn die KI alles für ihn erledigt?! Large Language Models (LLM), wie Open AIs Chat GPT oder Googles Bard noch nicht ausgereift genug, als dass Sie Arbeitsplätze ersetzen könnten. Sie skizzieren ein Bild einer Zukunft mit künstlicher Intelligenz und geben einen ersten Vorgeschmack auf eine Zukunft in der nicht nur Fabrikjobs und handwerkliche Tätigkeiten ersetzt werden könnten, sondern eben auch jene „white collar“ Berufe, die zuvor von vielen als „sicher“ galten. Das hängt mit der Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz zusammen.

Eine Studie von EY bestätigt, dass gut 25% aller Deutschen Angst vor einem Jobverlust durch künstliche Intelligenz haben. Dabei geht die Angst des Arbeitsverlust stark einher mit der Angst vor einem Identitätsverlust.

Von Logik zu Statistik

Traditionell wurden Computerprogramme so programmiert, dass sie spezifische Anweisungen befolgen, um Probleme zu lösen (Logik). Im Gegensatz dazu verwenden maschinelle Lernmodelle, wie Chat GPT statistische Methoden. Sie werden nicht für jede einzelne Frage speziell programmiert. Stattdessen analysieren sie große Mengen von Text und Daten, um Muster und Beziehungen selbst zu erkennen. Das Schlüsselement hierbei ist die Skalierbarkeit. Anstatt, dass Menschen für jede mögliche Frage ein Muster erstellen, was sehr aufwendig wäre, analysiert die Maschine selbstständig eine große Auswahl an Texten und Daten. Dadurch kann das Modell mit einer viel größeren Menge an Informationen umgehen und sich an verschiedene Situationen anpassen. Der Prozess, bei dem die Maschine aus den Daten lernt und Muster erkennt, ist so, als würde die Maschine sich selbst erstellen. Sie nutzt die vorhandenen Informationen (Eingabe) und generiert daraus Antworten oder Lösungen (Ausgabe).

Wissenschaftliche & produktspezifische Probleme

Aus der Entwicklung ergeben sich zwei Herausforderungen. Ein wissenschaftliches Problem und ein Produktproblem. Das wissenschaftliche Problem bezieht sich darauf, dass es keine absolut „richtigen“ Antworten im binären Sinne geben kann, sondern nur wahrscheinliche Antworten. Das bedeutet, dass die Ant-

worten zwar oft nützliche und relevante Informationen liefern, aber nicht unbedingt exakte Fakten. Das Produktproblem bezieht sich darauf, dass man das System alles fragen kann und das System im Folgeschritt versucht alles zu beantworten. Selbst, wenn die Antwort korrekt ist, ist diese Antwort vielleicht nicht die beste Lösung, um das eigentliche Problem zu lösen. Die Antworten des eines KI-Modells können also informativ oder „korrekt“ im Sinne der Wahrscheinlichkeit sein, aber nicht unbedingt das liefern, was der Nutzer wirklich braucht oder sucht.

Da Chat GPT auf der Grundlage der Daten, mit denen das Modell trainiert wurde, Antworten generiert, spielt die Qualität und Vielfalt der Daten eine entscheidende Rolle. Wenn Trainingsdaten verzerrt, unvollständig oder fehlerhaft sind, sind Antworten des Systems ebenfalls verzerrt oder ungenau. Gleichzeitig spielt die

Art und Weise, wie eine Frage gestellt wird eine entscheidende Rolle.

Chat GPT – Was ist Wahrheit?

Die Herausforderung der Architektur von Chat GPT und anderen LLMs wirft die Frage auf, was Wahrheit am Ende eigentlich wirklich ist. Bei der Frage, was Wahrheit ist, ist Chat GPT überraschend selbstkritisch:

Die Frage "Was ist Wahrheit?" ist eine der grundlegendsten und ältesten Fragen in der Philosophie, Ethik und Erkenntnistheorie. Im Kontext von ChatGPT und ähnlichen KI-Systemen bekommt diese Frage eine zusätzliche Dimension.

In der traditionellen Philosophie wird "Wahrheit" oft als Übereinstimmung einer Aussage oder Vor-



stellung mit der Realität oder einem Fakt verstanden. Dieses Konzept wird als Korrespondenztheorie der Wahrheit bezeichnet. Es gibt jedoch auch andere Ansichten über Wahrheit, wie die Kohärenztheorie (Wahrheit als innere Stimmigkeit eines Systems von Überzeugungen) und die pragmatische Theorie (Wahrheit als das, was praktisch funktioniert oder nützlich ist).

Im Falle von ChatGPT und ähnlichen künstlichen Intelligenzsystemen ist es wichtig zu verstehen, dass sie keine Wahrheit im philosophischen oder menschlichen Sinne "verstehen" oder "kennen". ChatGPT generiert Antworten basierend auf Mustern in Daten, die es während seines Trainings verarbeitet hat. Diese Antworten können faktisch korrekt oder nützlich sein, aber sie sind das Ergebnis statistischer Wahrscheinlichkeiten und Algorithmen, nicht menschlicher Einsicht oder Verständnis von Wahrheit.

ChatGPT kann also Informationen liefern, die oft faktisch korrekt oder nützlich sind, aber es kann nicht über Wahrheit im menschlichen oder philosophischen Sinne reflektieren. Es ist immer wichtig, sich der Grenzen und des Kontextes der von KI generierten Informationen bewusst zu sein und diese kritisch zu bewerten.

Die selbstkritische Antwort von Chat GPT verweist darauf, was wir als Menschen am Ende tun können: Wir müssen eine aktive Rolle in der Interpretation und Bewertung der von KI generierten Informationen übernehmen. Es ist unerlässlich, dass wir die Antworten von KI-Systemen nicht als absolute Wahrheiten akzeptieren, sondern sie als das betrachten, was sie sind: hochwertige, aber letztendlich begrenzte Werkzeuge.

Wir als Menschen müssen eine kritische Perspek-

tive beibehalten, insbesondere in den Bereichen, wo Wahrheit entscheidend ist. Künstliche Intelligenz erfordert von uns, dass wir die Fähigkeiten zur kritischen Analyse und zum unabhängigen Denken weiterentwickeln, um die von KI-Systemen gelieferten Informationen zu kontextualisieren und ihre Gültigkeit zu prüfen.

Die Reflexion von Chat GPT über „Wahrheit“ zeigt die wichtige Bedeutung der menschlichen Urteilskraft im beginnenden KI-Zeitalter. In einer Welt, in der KI eine immer größere Rolle in der Informationsverarbeitung spielt, wird das menschliche Urteilsvermögen umso wichtiger, um die

Nuancen und komplexen Realitäten zu verstehen, die jenseits der Fähigkeiten von KI-Systemen liegen.

Wir sollten uns daran erinnern, dass Technologie am Ende ein Werkzeug ist, das von menschlichen Werten, Ethik und Entscheidungen geleitet wird. Die Verantwortung, die KI zum Wohl der Menschheit zu nutzen und dabei moralische Prinzipien zu berücksichtigen, liegt in unseren Händen. Es sollte ein Aufruf zur kritischen, bewussten und verantwortungsvollen Integration von KI in unser Leben sein, wobei der Mensch und liberal demokratische Werte im Mittelpunkt stehen.

Künstliche Intelligenz erfordert von uns, dass wir die Fähigkeiten zur kritischen Analyse und zum unabhängigen Denken weiterentwickeln, um die von KI-Systemen gelieferten Informationen zu kontextualisieren und ihre Gültigkeit zu prüfen.



Johannes Brill hat 2022 seinen Bachelor in Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen gemacht. Aktuell macht er seinen Master in Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Neben-

bei arbeitet er als Werkstudent für ein deutsches Family Office im Bereich Real Estate. Im Jahr 2022 war er International Officer des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen.

BEBUC – EXZELLENZSTIPENDIEN FÜR DEN KONGO – DIE LAGE IM KONGO

von Christine Wolf

Die Demokratische Republik Kongo (RDC), von 1971 bis 1997 Zaïre, ist das elftgrößte Land der Erde, mehr als sechsmal so groß wie Deutschland, mit ca. hundert Millionen Einwohnern. Es verfügt über einen enormen Reichtum an Bodenschätzen, namentlich Diamanten, Gold, Kupfer, Zink, Zinn, Blei, Kobalt, Coltan und Malachit. Der riesige Regenwald, der etwa die Hälfte der Staatsfläche bedeckt, bietet im Westen Bonobos, Waldelefanten und Tapiren eine Heimat, im Osten an den Vulkanhängen des Virunga-Nationalparks leben Berggorillas. Von den Pflanzen, die im tropischen Klima des Kongobeckens gedeihen, sind derzeit insbesondere zwei Arten Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen: *Pericopsis elata*, ein vom Aussterben bedrohter Baum mit feuerfester Rinde und einem fein gemaserten Holz, das resistent gegen Pilz- und Insektenbefall ist, und die Liane *Ancistrocladus ileboensis*, deren Inhaltsstoffe, außergewöhnliche Alkaloide, die Basis für die Entwicklung einer neuen Wirkstoffklasse gegen Malaria werden könnten.

Das durchschnittliche Einkommen von mehr als 60% der Bevölkerung in der RDC liegt nach einem Bericht der African Development Bank bei unter 2,15 Dollar pro Tag. Der Kongo gehört damit zu den fünf ärmsten Ländern weltweit. Die 1954 gegründete Universität in Kinshasa, der mit mehr als 16 Millionen Einwohnern größten Stadt des afrikanischen Kontinents, hat in den vergangenen Jahrzehnten durch Diktatur und Bürgerkriege, aber auch durch chronische Unterfinanzierung stark gelitten. Bauliche Substanz, instrumentelle Ausstattung und Bibliotheken sind in einem desolaten Zustand. Die Professorenschaft ist überaltert, weil der wissenschaftliche Nachwuchs keine Perspektive in einer

akademischen Karriere sieht und in das Ausland abwandert. Damit sinkt die Qualität der Lehre, die Distanz zum internationalen Stand der Forschung wächst, und Hoffnungslosigkeit ist ein dauerhaftes bedeutendes Hemmnis im Studium.

Wie alles begann

Im Januar 1993 begann eine Zusammenarbeit zwischen Prof. Dr. Gerhard Bringmann, dem damaligen Inhaber des Lehrstuhls für Organische Chemie in Würzburg, und dem Kongolesen Virima Mudogo, der nach seiner Promotion in Physikalischer Chemie 1988 in Würzburg wieder in die RDC zurückgekehrt und dort als Professor an der Universität Kinshasa tätig war. Die Kooperation, die sich zunächst nur auf die Suche nach neuen Wirkstoffen aus tropischen Pflanzen beschränkte, führte 2003 zur Unterzeichnung eines Vertrages auf präsidialer Ebene zwischen der Universität Würzburg und der Universität Kinshasa über eine Intensivierung der Kontakte in Forschung und Lehre und zum Transfer von Unterrichtsmaterialien, Geräten und Büchern in den Kongo.

Die Pläne der beiden Professoren gingen jedoch bereits weiter. Die Idee, die sie vorantrieb, um einen substanziellen Beitrag zur Hebung des Niveaus von Lehre und Forschung an der Universität Kinshasa zu leisten, bestand darin, ein Stipendiensystem zu installieren, durch das gezielt langfristig die besten Studentinnen und Studenten eines Fachs bis hin zur Professur an einer kongolesischen Universität gefördert werden sollten. Die Realisierung des Projekts begann 2008 unter der Bezeichnung BEBUC (Bourse d'Excellence Bringmann à l'Université de Kinshasa). Die ersten

vier Stipendiaten, die aus den Bachelor-Studiengängen Chemie und Pharmazie kamen, bezahlten Bringmann und Mudogo anfangs noch privat. Weil die dramatische Lage an der Universität Kinshasa und das Konzept der dezidierten Förderung von Exzellenz in vielen Gesprächen überzeugend dargestellt werden konnte, fanden sich bald großzügige Paten, europäische wie afrikanische, die einzelne Studierende direkt unterstützen. 2009 wurde der ‚Förderverein Universität Kinshasa‘ (‚FUNKIN‘) gegründet, der inzwischen über 2.000 Mitglieder hat, darunter 51 institutionelle, und dessen Vorstand unter Führung von Professor Dr. Alfred Forchel, dem ehemaligen Präsidenten der Universität Würzburg, nach langen Jahren der Leitung durch G. Bringmann, die Organisation der Förderungen übernimmt.

Einen entscheidenden Schub erhielt das Stipendiensystem durch die auf mehrere Jahre angelegte Beteiligung der Else-Kröner-Fresenius-Stiftung an der Finanzierung im April 2012. Die von ihr zur Verfügung



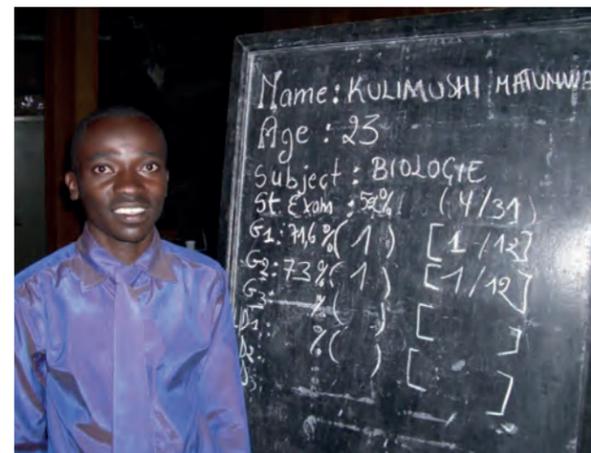
Ein Blickfang für Mitglieder der Universität Kinshasa: Ankündigung einer BEBUC-Evaluierung

gestellten Mittel ermöglichten nicht nur die Vergabe von Stipendien an Studierende der Masterstufe, sondern auch die Einbeziehung anderer kongolesischer Universitäten in das Förderprogramm. Die räumliche Erweiterung erforderte eine Umbenennung des Systems in das sachgerechtere ‚BEBUC‘ (‚Bourse d'Excellence Bringmann aux Universités Congolaises‘). Die Anerkennung für die erfolgreiche Etablierung von BEBUC an zahlreichen kongolesischen Universitäten blieb nicht aus: schon 2012 erhielt das Wissenschaftlerduo Bringmann und Mudogo das kongolesische Verdienstkreuz Erster Klasse in Gold, sechs Ehrendoktorwürden kongolesischer Universitäten für Bringmann folgten.

Das Stipendiensystem

Wie funktioniert nun BEBUC? Vor den Bewerbungsfristen macht Reklame in Radio und Fernsehen, aber auch an Bushaltestellen im Einzugsbereich der Universitäten, mit denen Kooperationsvereinbarungen bestehen, auf das Programm aufmerksam, und es gibt Informationsveranstaltungen über den Bewerbungsmodus. Nach einer Vorauswahl unter den interessierten Studierenden durch kongolesische Wissenschaftler, die sich für BEBUC engagieren, folgt für die Kandidaten eine Prüfung, bei der sie aus einem Katalog von Themen ihres Fachbereichs eines aussuchen können, über das sie zehn Minuten an der Tafel referieren müssen und zu dem sie anschließend befragt werden. Sie sollen ferner in der Lage sein, Pläne und Ziele ihrer akademischen Ausbildung zu formulieren und dadurch zeigen, dass sie klare Vorstellungen über die weiteren Etappen ihres Studiums haben. Von Masterstudierenden wird zusätzlich eine Präsentation erwartet, auf welchem Kongo-relevanten Gebiet sie ihre Abschlussarbeit anfertigen wollen. Die Evaluierungen, die von Vorstandsmitgliedern und wechselnden externen Wissenschaftlern teils persönlich vor Ort an der jeweiligen kongolesischen Universität, teils per Videokonferenz durchgeführt werden, finden immer in englischer Sprache statt, um die Kandidaten für die Partizipation am internationalen wissenschaftlichen Diskurs zu trainieren.

Die Kriterien für die Vergabe der Stipendien sind streng, das Verfahren selbst ist transparent. Wer eine Förderung



Topnoten: der Biologiestudent Séraphin Kulimushi präsentiert sein Konzept an der Tafel

erhalten will, muss zum einen herausragende Resultate in seinen Studienfächern nachweisen. Zudem müssen seine Quartalsberichte und die regelmäßigen Evaluie-

rungen seitens eines BEBUC-Komitees erwarten lassen, dass die angestrebten wissenschaftlichen Qualifikationen voraussichtlich mit ebenfalls hervorragenden Ergebnissen erreicht werden. Verschlechterungen des Notendurchschnitts oder Verzögerungen im Ablauf des Studiums bewirken zunächst eine Kürzung des Stipendiums, wenn sie nicht durch Krankheit, familiäre Umstände oder Missstände auf Seiten der Dozenten zu erklären sind. Tritt im nächsten Jahr keine deutliche Leistungssteigerung ein, kann der oder die Betreffende aus der Förderung herausfallen. Prüfung, Beratung und Stipendium sollen den jungen Studierenden helfen, ihren Weg durch das Studium mit Zuversicht und Selbstvertrauen gehen zu können. Auslandssemester im Master- und Promotionsstudium sind dabei ausdrücklich erwünscht. Die Stipendiaten sollen international Erfahrungen sammeln, mit Methoden und Standards ihres Faches an Forschungseinrichtungen renommierter Universitäten außerhalb des Kongo vertraut werden und dort ihre eigenen Arbeiten zum Abschluss bringen. In der Wahl des Landes und der Universität sind sie

frei. Sie müssen ihre Wahl allerdings begründen und darlegen, wie sie ihre Doktorarbeit und die Rückkehr in den Kongo planen. Das Fördersystem übernimmt dann die oft gerade auch in Afrika hohen Studiengebühren und die anfallenden Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Hin- und Rückreise.

Besonderes Gewicht liegt auf den sogenannten ‚Re-Entry-Stipendien‘. Das BEBUC-Programm ist vorrangig dazu gedacht, eine neue Generation von exzellenten und motivierten kongolesischen Professorinnen und Professoren heranzuziehen. Daher erhalten Stipendiaten, die ihr Studium mit der Promotion an einer ausländischen Universität erfolgreich absolviert haben, eine Förderung für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, wenn sie in den Kongo zurückkehren und über eine Professur ihr Wissen an Hochschülerinnen und -schüler, die eine Partneruniversität von BEBUC in der RDC besuchen, weitergeben. BEBUC unterstützt derzeit fast 200 Stipendiaten, von denen über 70 gegenwärtig ihre Master- oder Promotionsstudien an einer Universität außerhalb ihres Heimatlandes durchführen, die meis-



Glücklich über das gewonnene Stipendium: die neu hinzugekommenen und die verlängerten Stipendiaten, in der Mitte Professor Mudogo und Dr. Vivi Maketa, inzwischen die erste der BEBUC-Professorinnen

ten davon in den Life Sciences Medizin, Pharmazie, Biologie, Chemie, Agrar- und Forstwissenschaften. 23 Stipendiaten sind inzwischen auf Professorenstellen in der RDC berufen worden, darunter zwei Frauen.

Fördersummen



Mit großem Engagement: Daniella Kavira, Studentin der Wirtschaftswissenschaften, bewirbt sich auf ein Stipendium

Die Stipendien reichen von hundert Euro monatlich für Bachelorstudierende bis hin zu Fünf-Jahres-Budgets von 25.000 Euro für angehende Medizinerinnen und Mediziner. Bereitgestellt werden können für BEBUC über die Else-Kröner-Fresenius-Stiftung, Mitgliedsbeiträge des Fördervereins, Patenschaften und Spenden von etwa 600.000 Euro pro Jahr. Masterstudierende und Doktoranden sind gehalten, sich auch um anteilige Fördergelder anderer Institutionen wie Universitäten, NGOs oder durch den DAAD zu bemühen. Auf diesem Weg wurden in den letzten Jahren durchschnittlich weitere ca. 1,5 Millionen Euro p. a. eingeworben. Insgesamt sind seit der Gründung von BEBUC 2008 mehr als 15 Millionen Euro an Kern- und externer Förderung in eine effiziente Ausbildung kongolesischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geflossen.

Individuelles Mentoring & demokratische Strukturen

Über die finanzielle Förderung hinaus trägt das begleitende Mentoring durch die Vorstandsmitglieder und die Paten wesentlich dazu bei, den Gedanken der Völkerverständigung und der Toleranz auf kulturellem Gebiet unter den Stipendiaten zu stärken. Das Mentoring dient auch dazu, die Studierenden immer wieder daran zu erinnern, dass im akademischen Alltag und bei Publikationen stets die Prinzipien der Fairness und der gu-

ten wissenschaftlichen Praxis zu wahren sind.

Die Stipendiaten selbst haben unter der Ägide von Bringmann einen Sprecherrat mit einem Prime Speaker als ihre Interessenvertretung eingerichtet. An jeder partizipierenden Universität wird je nach Anzahl der Geförderten mindestens ein Sprecher gewählt, die im Ausland studierenden Stipendiaten, die sich im ‚External Virtual Institute‘ organisieren, stellen ebenfalls Sprecher. So werden in BEBUC demokratische Strukturen erlernt und gelebt. Dabei ist ein effizientes Netzwerk zum informellen Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung entstanden. Von den Stipendiaten werden gemeinsame Seminare und Exkursionen, Umweltsymposien mit der Anpflanzung von Baumsetzlingen oder Aktionen zum Women's Day veranstaltet.

Frauenförderung



Monica Obendus (rechts) mit ihrer Patin Sarah Onyembe, ebenfalls BEBUC-Stipendiatin

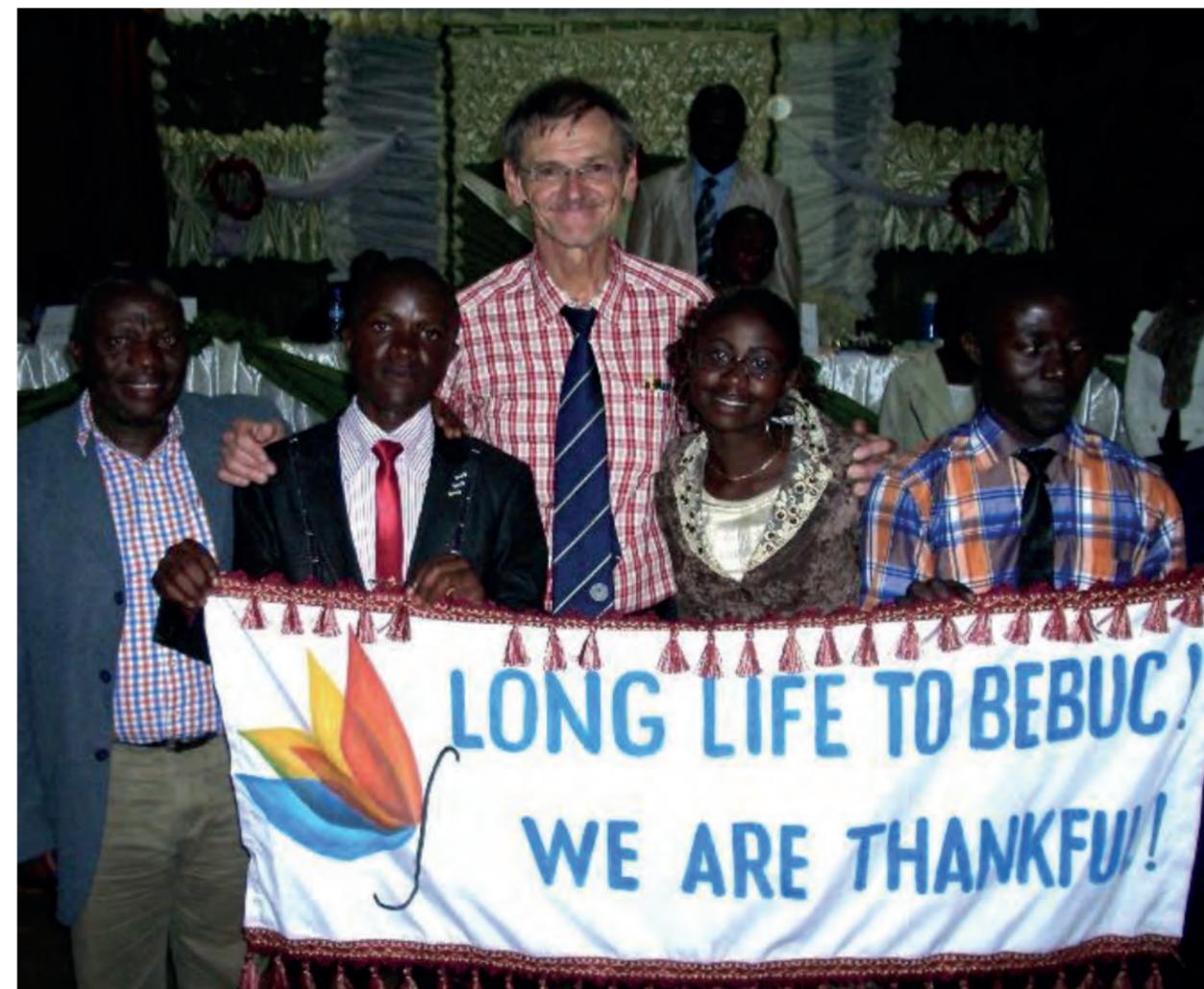
Um den Frauenanteil unter den BEBUC-Studierenden zu erhöhen, der jetzt schon bei gut einem Drittel liegt, stehen zwei spezielle Förderangebote bereit: zum einen Stipendien für begabte Schülerinnen an Gymnasien, die hauptsächlich den Zweck haben, die Stipendiatinnen unabhängiger von ihrer sozialen Herkunft und von gesellschaftlichen Erwartungen zu machen und ihnen Mut für den Übergang an eine Universität zu geben; zum anderen das neu etablierte ‚Mothers in BEBUC‘-Projekt, das studierende Mütter zusammenführt und sie mit einem zusätzlichen monatlichen Geldbetrag unterstützt, der die gesteigerten finanziellen Belastungen kompensieren und damit einem Abbruch des Studiums oder einer Verlängerung der Studienzzeit vorbeugen soll.

Ausblick

Das BEBUC-Programm stellt einen in Konzeption und Realisierung gelungenen Ansatz dar, der RDC wieder den Anschluss an den globalen wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu ermöglichen. Es ist auf Kontinuität angelegt und erfüllt im Kongo als einem Nachkriegsland zugleich eine humanitäre Aufgabe. Das Ansehen und die Strahlkraft von BEBUC beruhen nicht nur auf der Exzellenz, sondern auch auf der Integrität der Stipendiaten und der aus ihren Reihen hervorgegangenen Professoren. Sie bilden eine zukunftsorientierte Wertegemeinschaft, die in ethischer und epistemologischer Hinsicht eine Renaissance ihres Landes anstrebt und deren leitende Idee Gerhard Bringmann in dem Motto zum Ausdruck gebracht hat: „Bila elimu hakuna maendeleo na amani“ (in Suaheli) – „Ohne Bildung kein Wohlstand und Frieden“.



Christine Wolf M.A. kommt aus Unterfranken und hat an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Volkskunde, Germanistik, Kunstgeschichte und Archäologie studiert. Sie war langjährige Dozentin für mittelalterliche Medizinliteratur und arbeitet derzeit als freischaffende Lektorin. Seit 2009 ist sie Schatzmeisterin des Fördervereins Uni Kinshasa e. V., dem sie als Gründungsmitglied angehört, und Finanzvorstand des Stipendienprogramms BEBUC.



Im Anschluss an die Evaluierung wird groß gefeiert: Virima Mudogo und Gerhard Bringmann mit Stipendiaten

NICHT NUR WAS FÜR UNIS!

IN SCHWELLEN- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER BIETEN SICH AUCH CHANCEN FÜR FACHHOCHSCHULEN

von Prof. Dr. Carsten Wolff

Internationale Kooperationen im Hochschulbereich gehen heute weit über den klassischen Auslandsaufenthalt für Studierende und die wissenschaftliche Forschungsk Kooperation hinaus. Diese Themenfelder sind zwar weiterhin sehr wichtig, sowohl für die Ausbildung der Studierenden als auch für den wissenschaftlichen Diskurs; der Anspruch an die internationalen Aktivitäten der Hochschulen ist aber weitaus umfangreicher.

Das umfassendere Verständnis der internationalen Kooperationsmöglichkeiten resultiert vor allem aus den vorhandenen Möglichkeiten und Kompetenzen der Hochschulen. Internationale Hochschulkooperation ist ein geeignetes Instrument, um Gutes zu erreichen, für Wirtschaft und Gesellschaft, in Deutschland, in der Europäischen Union und im globalen Kontext. Hochschulen werden als positiv konnotierte oder mindestens neutrale Spieler im internationalen Kontext wahrgenommen. Deutsche Hochschulen werden geschätzt und der offene, erkenntnisgelenkte sowie faktenbasierte Dialog gilt als Domäne der Wissenschaft.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die internationalen Aktivitäten der Hochschulen an vielen Stellen als „guter Weg“ zu Zielen verstanden werden, die über den Wissenschaftsbereich hinausgehen. Dazu zählen beispielsweise die Formulierung einer Außenwissenschaftspolitik durch das Auswärtige Amt und den Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD), die Formulierung der Dienstaufgabe der Förderung der „regionalen, europäischen und internationalen Zusammenarbeit“ (Hochschulgesetz NRW) oder die Forderung nach einer „meaningful contribution to society“ (Erasmus+ Programm der EU). Hochschulen formulie-

ren aus ihrer Sicht neben Forschung und Lehre eine „Dritte Mission/Third Mission“, die ihre Wirkung außerhalb des Wissenschaftsbetriebs beschreibt.

Die Kooperation deutscher Hochschulen mit Partnern in Schwellen- und Entwicklungsländern ist stark aus der Dritten Mission motiviert. Im Unterschied zur Kooperation mit den entwickelten, z.T. in der Wissenschaft führenden Ländern der ersten Welt liegt der Fokus nicht primär auf den klassischen Feldern in Forschung und Lehre.

Deutsche Studierende streben nur ausnahmsweise oder in besonderen Studienkontexten einen Aufenthalt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland an. Studierende aus diesen Ländern streben überproportional oft keinen Semesteraufenthalt in Deutschland an, sondern einen Studienabschluss mit der Perspektive einer hochqualifizierten Berufstätigkeit z.B. in Europa oder in Deutschland.

Forschungsk Kooperationen sind oft auf Themenfelder fokussiert, die mit einem Forschungsgegenstand aus dem Entwicklungs- oder Schwellenland zu tun haben. Insofern ist die klassische Forschungs- und Lehrkooperation wichtig, aber oftmals deutlich enger fokussiert als mit anderen Ländern. Dabei bleibt allerdings der so ermöglichte Perspektivwechsel für Forschung und Lehre essenziell.

Sehr viel stärker treten jedoch Themenfelder hinzu, die der Dritten Mission zuzuordnen sind, deutlich über den Wissenschaftskontext hinausgehen und z.B. klassisch der Außen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik zuzuordnen wären. Nachhaltigkeitsthemen und gesellschaftspolitische Themen spielen zunehmend eine Rolle. Konsequenterweise speisen sich die Gelder des

DAAD nicht nur aus dem Bildungs- und Forschungsetat (BMBF), sondern zu erheblichen Teilen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungshilfeministeriums – mit entsprechenden Zielvorgaben in den Förderprogrammen. Sowohl das Erasmus-Programm der EU als auch das DAAD-Förderprogramm sind weltweit sehr relevant, prägen die Kooperationen und setzen auch die Standards, z.B. durch die Einführung des Bologna-Systems in sehr vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Kritische Stimmen formulieren daher auch die Gefahr eines Wissenschaftskolonialismus.

Für die Fachhochschule Dortmund bieten sich in der internationalen Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten resultieren insbesondere aus dem spezifischen Kompetenzprofil einer Hochschule für angewandte Wissenschaften. Dazu zählt der Aufbau von praxisorientierten, berufsfeldorientierten Studiengängen, vor allem in den technischen und wirtschaftlichen Studienrichtungen. Hier setzen sowohl die EU mit dem Erasmus Programm „Capacity Building in Higher Education“ als

auch der DAAD mit dem Programm „Transnationale Bildung“ an.

Curricula von Studiengängen in Entwicklungs- und Schwellenländern weisen z.T. Verbesserungspotenziale auf, die aus der fehlenden Durchlässigkeit zwischen Hochschule und Wirtschaft resultieren. Traditionell wurden Curricula europäischer oder amerikanischer Hochschulen übernommen, die von den Lehrenden primär theoretisch und anhand z.T. älterer Literatur vermittelt werden. Laborausstattungen oder Plätze für Praktika fehlen. Notwendig ist eine Erneuerung der Inhalte und vor allem der Lehrformate, hin zu stärker projektorientierten und z.T. auch transdisziplinären Formaten. Ein Kopieren der Inhalte und Formate deutscher Hochschulen ist nicht sinnvoll, da die angestrebten Kompetenzprofile der Absolventinnen und Absolventen den lokalen Bedürfnissen angepasst sein müssen – und trotzdem gleichwertig zu globalen Standards.

Im Erasmus+ Projekt „Applied Curricula in Technology for East Africa – ACTEA“ hat die Fachhochschule

Die DebeKa-Gruppe

**FÜREINANDER
DA SEIN**

Der wahre Wert einer
Gemeinschaft zeigt sich
in schwierigen Zeiten.

(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de

Facebook Instagram TikTok YouTube X LinkedIn

Debeka
Das Füreinander zählt.

Dortmund mit Partnern aus Belgien und Griechenland und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Tansania, Uganda und Äthiopien die dortigen Curricula analysiert und Modernisierungen angeregt. Es wurden gemeinsam digitale Lehrmaterialien erarbeitet und Labore aufgebaut, zudem wurde der Dialog mit der regionalen Wirtschaft geführt

Lokalisierung der Curricula meint dabei z.B., dass ostafrikanische Studierende sich stärker auf Wartung und Betrieb von technischen Produkten fokussieren, während europäische Studierende eher auf eine Tätigkeit in der Produktentwicklung vorbereitet werden. Zudem werden technische Lösungen in deutlich unterschiedlichen Kontexten eingesetzt.

Neben diesen Erkenntnissen führen der Transfer von Kompetenzen und die Beratung der Hochschulen in Afrika für die europäischen Partner zum Aufbau von langfristigeren Kooperationen, die nun auch von einer inhaltlichen und qualitativen Harmonisierung der Curricula profitieren. Es können leichter Lehrende

und Studierende ausgetauscht werden, die digitalen Werkzeuge erlauben die Zusammenarbeit auch ohne Reisen. Leider hat der Bürgerkrieg in Tigray/Äthiopien dazu geführt, dass die Partnerhochschule in Mek'ele faktisch von der Außenwelt abgeschnitten wurde.

Im DAAD-Projekt „Virtual Master Cooperation on Data Science – ViMaCs“ hat die Fachhochschule Dortmund schon ab 2019 – also deutlich vor Ausbruch des Krieges – mit vier Universitäten aus der Ukraine am Aufbau eines Lehrangebots aus Masterkursen im Bereichen Datenverarbeitung und -analyse gearbeitet, das primär online in einer digitalen, virtualisierten Lehr- und Lernumgebung durchgeführt wird. Dazu wurden neben gemeinsamen digitalen Lehrmaterialien vor allem die technischen Infrastrukturen geschaffen. Lehrende und Mitarbeitende wurden umfassend weitergebildet.

Mit dem Ausbruch des Krieges stand direkt eine funktionsfähige digitale Umgebung zur Verfügung, um von jedem Ort und zu jeder Zeit lehren und lernen zu

können. Für die geflüchteten ukrainischen Lehrenden und Studierenden ist das sehr hilfreich. Durch die Partnerschaft initiiert konnte die Fachhochschule Dortmund auch viele geflüchtete ukrainische Lehrende und Studierende aufnehmen, die ihre Arbeiten in Sicherheit weiterführen können. Der tägliche Umgang mit der Kriegssituation, die teilweise Zerstörung und der Wiederaufbau der geschaffenen Infrastrukturen sowie insbesondere die vielfältigen persönlichen Beziehungen führen für alle Beteiligten zu intensiven und leider nicht nur positiven internationalen Erlebnissen.

Die Dritte Mission der Hochschulen und die Ziele der Außenwissenschaftspolitik werden greifbar. Über DAAD und Erasmus erfolgen vielfältige und mit hohem Engagement umgesetzte Unterstützungsaktivitäten, so dass die Beteiligten aus Deutschland und der Ukraine aktiv Beiträge leisten können, statt hilflos der Situation gegenüberzustehen. Internationale Kooperation ist dann ein sehr umfassendes, zwischenmenschliches Erlebnis. Die „meaningful contribution to society“ wird lebendig und unmittelbar fassbar. Insofern beinhaltet die internationale Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern auch die privilegierte Chance, etwas tun zu können und die Realitäten in der Welt aus erster Hand zu erleben. Bildung wird damit ganzheitlich und konkret.

Im September 2019 ist die Kasachstan die Astana IT University (AITU) gegründet worden, eine reine Informatikhochschule. Sie ist im Gebäudekomplex der Expo 2017 in Astana angesiedelt mit dem Ziel, die digitale Transformation in Kasachstan zu unterstützen. Die AITU fokussiert sich auf anwendungsorientierte und berufsfeldorientierte Bachelor- und Masterprogramme, die den Standards des Bologna-Systems entsprechen und auf Englisch unterrichtet werden.

Für die Fachhochschule Dortmund mit ihrem Digitalisierungsschwerpunkt und dem größten Informatikfachbereich an deutschen Fachhochschulen liegt die Begleitung dieses Hochschulaufbaus und die Etablierung einer Partnerschaft nahe. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist die Digitalisierung der Hochschule, d.h. die Schaffung einer digitalen Lehr- und Lerninfrastruktur, mit den entsprechenden Lehrmaterialien und Lehrformaten. Dieses Setzen auf eine moderne, digital unterstützte Umgebung hat der AITU im März 2020 mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie den kompletten Umstieg auf den Online-Unterricht ermöglicht, womöglich schneller und problemloser als für die meis-

ten deutschen Hochschulen.

Kasachstan ist als Schwellenland mit umfangreichen Bodenschätzen gut für eine digitale Transformation in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft positioniert. Die Berufsaussichten für IT-Fachkräfte sind sehr gut. Das Hochschulsystem stammt aus dem sowjetischen Wissenschaftssystem und befindet sich in einer Transformation, um anschlussfähig an den internationalen Wissenschaftsbetrieb zu werden. Mittlerweile hat die AITU fast viertausend Studierende, der erste Jahrgang hat das Studium erfolgreich absolviert, Studierende wechseln in den Master, auch nach Dortmund. Aktuell strebt die AITU eine deutsche Akkreditierung an, um ihren international vergleichbaren Standard zu dokumentieren. Hier erfolgt also internationale Hochschulkooperation zunächst einmal mit dem Fokus auf Beratung und Kompetenztransfer, mit dem Ziel, langfristige strategische Hochschulkooperationen aufzubauen.

Mit den drei vorgestellten internationalen Kooperationen der Fachhochschule Dortmund wird exemplarisch sichtbar, wie vielfältig die Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern ist und wie weit sie über den klassischen wissenschaftlichen Austausch in Forschung und Lehre hinausgeht. Für die Politik ist es wichtig, diese Potenziale zu erkennen und den Einsatz der Hochschulen in diesem Themenfeld auch einzufordern – vor allem vor dem Hintergrund, dass mit DAAD und Erasmus eine sehr kompetente und leistungsfähige Unterstützung vorhanden ist.



Carsten Wolff, Jahrgang 1971, ist seit 2007 Professor für Technische Informatik an der Fachhochschule Dortmund. Nach dem Studium der Elektrotechnik an der Universität Paderborn und der Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität Hagen promovierte er am Heinz-Nixdorf-Institut der Universität Paderborn zur Simulation großer neuronaler Netze. In seiner industriellen Laufbahn war Carsten Wolff in der Halbleiterindustrie (Infineon AG) in Deutschland, der VR China und Taiwan tätig. Von 2011-2015 war er Prorektor für Studium, Lehre und internationale Beziehungen. Von 2019-2021 war er Provost und Prorektor der neu gegründeten Astana IT University (AITU) in Kasachstan.



Mit den "Maria Sibylla Merian International Centres for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences" unterhält das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Förderlinie, die in ihrem Innovationscharakter und ihrer Ausstrahlungskraft weltweit einzigartig ist. Nacheinander wurden insgesamt fünf Merian Centres gegründet, die im Folgenden mit ihrem Kürzel, ihrem Themengebiet und ihrem Gründungsjahr aufgeführt werden: ICAS:MP Metamorphoses of the Political, Delhi, Indien, 2015; CALAS Coping with Crises, Guadalajara, Mexiko, 2017; Mecila Conviviality-Inequality, São Paulo, Brasilien, 2017; MIASA Sustainable Governance, Accra, Ghana, 2018; MECAM Imaging Futures – Dealing with Disparities, Tunis, Tunesien, 2020.

Benannt nach der Frankfurter Naturforscherin Maria Sibylla Merian (1647-1717) werden die Merian Centres durch Konsortien zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Deutschland und der jeweiligen Region geführt. Die zentrale Aktivität der Merian Centres besteht in ihrem Fellow-Programm, das es exzellenten Wissenschaftler*innen aus Deutschland sowie aus der jeweiligen Partnerregion und aus anderen Weltregionen ermöglicht, vor Ort für mehrere Monate an ihren Forschungsvorhaben zusammenarbeiten. Hinzu kommen Veranstaltungen sowohl für die Fachöffentlichkeit als auch für ein breites Publikum und Publikationen wie andere Verbreitungsformen der gemeinsamen Forschungs-

ergebnisse (Videos, Podcasts, Blogs).

Die Einrichtung der Merian Centres wurde in ihrem Ursprung damit begründet, dass bestimmte Fragestellungen sich besser vor Ort und in Kooperation mit Wissenschaftler*innen aus den jeweiligen Regionen als aus der Ferne in Deutschland erforschen lassen. Dieser Gedanke war und ist sinnvoll und als Grundidee sicher gut nachvollziehbar. Doch im Zuge ihrer Entwicklung zeigte sich, dass die Merian Centres noch zahlreiche weitere wichtige Funktionen erfüllen.

Insbesondere fungieren sie auch als wichtige Instrumente der Wissenschaftsdiplomatie, d.h. als zusätzliche Wege der Verständigung zwischen Nationen und Gesellschaften, die selbst in politisch turbulenten Zeiten bestehen bleiben.

Insbesondere fungieren sie auch als wichtige Instrumente der Wissenschaftsdiplomatie, d.h. als zusätzliche Wege der Verständigung zwischen Nationen und Gesellschaften, die selbst in politisch turbulenten Zeiten bestehen bleiben.

Des Weiteren kommt den Merian Centres eine zentrale Rolle für ein Aggiornamento der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland zu. Aggiornamento ist hier im übertragenen Sinne als Neugestaltung herkömmlicher Arbeitsweisen und als Öffnung für neue Internationalisierungsstrategien zu verstehen. In den letzten Jahrzehnten haben die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften an internationaler Relevanz eingebüßt. Der einzige lebende deutsche Geistes- und Sozialwissenschaftler, der noch zur Gruppe der 100 weltweit meistzitierten Autor*innen gehört, ist der seit mehreren Jahrzehnten emeritierte Sozialphilosoph Jürgen Habermas. Die Weise der Wissensproduktion, welche die deutschen Geistes- und

Sozialwissenschaften in der Vergangenheit weltberühmt gemacht hatte, scheint erschöpft. Es war, etwas pauschal gesprochen, ein Modell, nach dem ein meist männlicher Kopf in Frankfurt, Bielefeld oder München global gültige Theoriesysteme entwickeln konnte.

Die Gründe dafür, dass diesem Modell die Überzeugungskraft abhandengekommen ist, sind verschiedene: Nicht nur übersteigt das Angebot an forschungsrelevanten Daten und Informationen in unserer verwobenen Welt die individuellen Kapazitäten für ihre Auswertung. Gefragt sind daher inter- und transdisziplinäre Netzwerke, die es ermöglichen, Informationen entsprechend ihrer Relevanz und Qualität zu verstehen, einzuordnen und systematisch aufzuarbeiten. Auch hat in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Dezentrierung der wissenschaftlichen Wissensproduktion stattgefunden: Relevante theoretische Beiträge, die zu Paradigmenwechseln in verschiedenen Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften führen, kommen zunehmend aus Ländern wie Indien, Brasilien oder Südafrika.

Die Maria Sibylla Merian Centres sind im besten Sinne des Wortes ein Experimentierfeld, in dem innovative Kooperationsformate und neue wissenschaftliche Netzwerke entstehen, die die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften mit ihren herkömmlichen Arbeitsweisen wachrütteln. Umgekehrt eröffnen die Merian Centres Internationalisierungsperspektiven für hervorragende Institutionen und Wissenschaftler*innen aus der jeweiligen Partnerregion. Durch die Zusammenarbeit mit den deutschen Kooperationspartnern erschließen sich für die Kolleg*innen aus dem Globalen Süden neue wissenschaftliche Netzwerke und Plattformen, welche die Sichtbarkeit ihrer Forschung deutlich erhöhen.

Das große Potenzial der Merian Centres lässt sich anhand der Arbeit von Mecila, dem Merian Centre in São Paulo, veranschaulichen. Das Forschungskolleg wird von drei Institutionen in Deutschland und vier Institutionen in Lateinamerika geführt: der Freien Universität Berlin (koordinierende Institution), der Universität zu Köln und dem Ibero-Amerikanischen Institut SPK sowie der Universität São Paulo und dem Zentrum für Analyse und Planung CEBRAP in Brasilien, dem Colegio de México in Mexiko und der Universität La Plata in Ar-

gentinien. Die Leitung obliegt einem Vorstand, der sich aus Vertreter*innen der sieben Partnerorganisationen sowie einem bzw. einer Nachwuchswissenschaftler*in zusammensetzt. Vor Ort in São Paulo führen jeweils eine Direktorin bzw. ein Direktor aus Deutschland und aus Lateinamerika die Geschäfte.

Das Forschungsprogramm fokussiert die Wechselbeziehung zwischen Zusammenleben/Miteinander (conviviality) und Ungleichheit (inequality). Dies meint zweierlei: Erstens die Einsicht, dass das Zusammenleben in Gesellschaften nicht nur durch Differenzen, sondern auch durch Ungleichheiten geprägt ist. Zweitens, dass Ungleichheiten erst im Zusammenleben (zwischen Individuen, Gruppen oder auch Nationen) Gestalt und Bedeutung annehmen. Diese offene, doch richtungsweisende Fragestellung hat es uns bislang er-

möglicht, Wissenschaftler*innen aus 15 verschiedenen Disziplinen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Sie erforschen regional und historisch verschiedene Konfigurationen – von den Kolonialgesellschaften in Peru oder Mexiko bis hin zu Beziehungen zwischen Mensch und Tier in São Paulo oder zu gegenwärtigen

Konflikten um Stadträume in Europa. Die unterschiedlichen Befunde führen, wenn man sie zusammen betrachtet, zu einem neuen Verständnis der Formen, wie soziale Ungleichheiten in Institutionen aber auch im Alltag ausgehandelt werden.

Unsere laufenden Forschungsarbeiten werfen auch ein neues Licht auf die beeindruckende Breite von Handlungsmöglichkeiten, die unterschiedliche Gesellschaften zu verschiedenen Momenten ihrer Geschichte (er)finden, um das Zusammenleben in ungleichen und pluralen Kontexten zu ermöglichen – oder auch zu erschweren. Dabei erkennt man etwa, inwiefern das heutige Europa mit Herausforderungen des Zusammenlebens konfrontiert ist, die die Länder Lateinamerikas schon vor Jahrhunderten bewältigen mussten. Gleichzeitig ist Lateinamerika mit anhaltenden, eklatanten Ungleichheiten konfrontiert, welche man einst in Europa, vor dem Aufbau der Wohlfahrtsstaaten, in einer ähnlichen Ausprägung kannte.

Ogleich unsere bisherigen Befunde verdeutlichen, dass Antworten auf diese Fragen und Herausforderungen nicht über Regionen und Epochen hinweg über-

tragen werden können, so fördert eine solche Erweiterung des Blicks wissenschaftliche Innovation und kreative Lösungen.

Ein weiterer, wissenschaftspolitischer Beitrag des Forschungskollegs Mecila betrifft die Verknüpfung verschiedener Wissenskreisläufe („knowledge circuits“). In Einklang mit Forschungsbefunden zu anderen Weltregionen belegen die Recherchen unseres Centre die Relevanz „alternativer Wissenskreisläufe“ für die Verbreitung wissenschaftlicher Ergebnisse – gerade auch in Lateinamerika. Es handelt sich dabei um hochkarätige wissenschaftliche Fachbücher und -zeitschriften, die meist über öffentliche Universitätsverlage und in portugiesischer oder spanischer Sprache publiziert werden. Aus diesem Grund werden sie kaum im englischsprachigen kommerziellen Wissenskreislauf, der von einigen wenigen Großverlagen beherrscht wird, wahrgenommen. Dies bedeutet, dass diese Publikationen kaum für konventionelle internationale Indikatoren zählen, mit welchen die „wissenschaftliche Exzellenz“ international gemessen wird. Ungeachtet dessen erreichen diese Publikationen ebenfalls ein breites Fachpublikum, welches nicht über den Zugang zum kostspieligen kommerziellen Wissenskreislauf verfügt. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit von Institutionen und Wissenschaftler*innen aus Deutschland und Lateinamerika macht es das Forschungskolleg Mecila möglich, dass gemeinsame und individuelle Publikationen seiner Forscher*innen sowohl im kommerziellen „globalen“ Wissenskreislauf als auch in den lateinamerikanischen „alternativen“ Wissenskreisläufen zirkulieren – mit klaren Vorteilen für beide Seiten.

Abschließend müssen wir angesichts dieser optimistisch dargestellten Perspektive zur weiteren Entwicklung der Merian Centres aber doch einen Wermutstropfen nennen. Die Centres werden nach sukzessiven Evaluierungen für insgesamt bis zu 12 Jahren finanziert. Anschließend sollen sie sich selbst finanzieren bzw. um eine Finanzierung aus der Partnerregion kümmern. Auch wenn die Aussichten hierzu für jedes Merian Centre unterschiedlich sind, lässt sich generell sagen, dass die Finanzierung von geistes- und sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung aus Ressourcen der Partnerregion für die Centres eine große Herausforderung darstellt. Eine Ko-Finanzierung aus der Region in Verbindung mit einer weitergeführten Förderung aus Deutschland würde die Fortdauer und wissenschaftliche Kontinuität der Merian Centres sicherlich erleichtern.

Eine weitere große Herausforderung ist auch die überaus bürokratische Administration der Förderlinie durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Aufgrund des innovativen Charakters des Förderformats lässt sich nämlich das herkömmliche Regelwerk in der Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern und Institutionen oft nur schwer anwenden. Durch das Beharren darauf entsteht oft der Eindruck, dass der Projektträger vor allem seiner eigenen Absicherung dient, während er die Förderziele aus dem Blick verliert. In der Folge entstehen große Risiken für die Zuwendungsempfänger und gleichzeitig verengt sich der Raum für die Kooperation auf Augenhöhe mit den Partnern aus dem Globalen Süden. Und dennoch: Die Förderlinie ist so bahnbrechend, dass es den Merian Centres trotz dieses steinigen Wegs gelungen ist, einigen frischen Wind in die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften zu bringen.



Sérgio Costa studierte Ökonomie und Soziologie in Brasilien und Deutschland und ist seit 2008 Professor für Soziologie Lateinamerikas an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Differenzen, soziale Ungleichheiten, Rassismus und Antirassismus sowie globale soziale Theorie. Er ist Principal Investigator, Vorstandsmitglied und Sprecher des Zentrums Mecila sowie Principal Investigator der Graduiertenkollege „Minor Cosmpolitanisms“ und „Temporalities of Future“.



Susanne Klengel ist Professorin für Literaturen und Kulturen Lateinamerikas am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. die iberoromanischen Avantgardebewegungen, Literatur und Memoria sowie die literarischen und kulturellen Süd-Süd-Beziehungen, insbesondere zwischen Lateinamerika und Indien. Sie ist Principal Investigator und Vorstandsmitglied des Zentrums Mecila sowie am Exzellenzcluster "Temporal Communities. Doing Literature in a Global Perspective".

WARUM DIE WISSENSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DES GLOBAL SÜDENS IM EUROPÄISCHEN INTERESSE IST – UND WAS WIR DABEI VOM SÜDEN LERNEN KÖNNEN

von Jan Marco Müller und Noah Stewart

Die Europäische Union bemüht sich schon seit langer Zeit um die wissenschaftliche Kooperation mit Ländern des sogenannten „Globalen Südens“. Doch genauso wie das Konzept einer in verschiedene homogene Entwicklungsstadien getrennten Welt veraltet ist, so ist auch die Idee, dass wissenschaftliche Kooperation auf einer Finanzierungs- und Technologiepipeline von Nord nach Süd beruht, ein Konzept der Vergangenheit. Heutzutage basiert internationale wissenschaftliche Kooperation auf einer Beziehung des gegenseitigen Lernens und der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. „What is good for science anywhere is good for science everywhere“, wie Subra Suresh, der frühere Präsident der National Science Foundation der USA, treffend bemerkte.

Unser Interesse an wirkungsvoller wissenschaftlicher Kooperation mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika ist aufgrund der gemeinsamen Vorteile mindestens genauso groß wie der Vorteil dieser Länder an der Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen. Dieses Interesse hat die Europäische Kommission 2021 im Globalen Konzept für Forschung und Innovation – Europas Forschungs- und Innovationsstrategie für die internationale Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt – festgehalten.

Das Globale Konzept beruht zum einen auf einem regel- und wertebasierten – und prinzipiell offenem – Forschungs- und Innovationsumfeld, insbesondere in Bezug auf Akademische Freiheit, Gleichstellung der Geschlechter, Diversität und Inklusion, Forschungsethik und -integrität, offene Wissenschaft sowie faktenbasierte Politikgestaltung. Zum anderen verlangt es Gegenseitigkeit und gleiche Ausgangsbedingungen in

der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation. Basierend auf diesen Grundpfeilern geht es darum, internationale Kapazitäten zur Bewältigung globaler Herausforderungen zu bündeln und die strategische Partnerschaft der EU mit anderen Weltregionen auszubauen.

Doch was sind die gemeinsamen Vorteile einer internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Innovation und was ist demnach unser konkretes Interesse an einem wissenschaftlich entwickelten Globalen Süden?

Wir haben als Mitglieder der Vereinten Nationen vereinbart, bis 2030 die gemeinsam vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (SDGs), zu erreichen. Diese Ziele, die alle eine starke wissenschaftliche Komponente haben, sind nur erreichbar, wenn wir uns als internationale Gemeinschaft zusammenschließen und Forschungskapazitäten sowie wissenschaftliche Exzellenz nicht von der wirtschaftlichen Stärke eines Landes abhängig sein lassen. Eine Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens und die Förderung ihrer wissenschaftlichen Kompetenzen ist dabei unumgänglich – „leaving no one behind“ gilt auch für die Wissenschaft.

Doch die Welt hat sich nicht nur ambitionierte Ziele gesetzt, sondern wird auch von großen Krisen bedroht, die nur gemeinsam mit Hilfe internationaler wissenschaftlicher Kooperation bewältigt werden können: allen voran die Klimakrise. Wie viele andere globale Krisen, hat diese Bedrohung eine charakteristische Nord-Süd Komponente. Die seit der industriellen Revolution emittierten Treibhausgase, die jahrhundertlang dem Globalen Norden zu seinem Wohlstand verhelfen, sind eine der Hauptursachen des Klimawandels,

der die Länder des Globalen Südens überproportional trifft. Würden Länder wie China oder Indien diesem nicht nachhaltigen Pfad folgen, hätte das gravierende Konsequenzen für den Planeten – gleichzeitig haben natürlich auch die Länder des Globalen Südens das gleiche Anrecht auf wirtschaftlichen Wohlstand und Entwicklung, wie dies der Norden hatte.

Den Beitrag der internationalen Forschung zur Lösung des Klimaproblems finden wir schon darin, dass die eben genannte Erkenntnis über die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels selbst das Produkt internationaler wissenschaftlicher Kooperation war. Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist die führende Institution in der Klimaforschung und ein perfektes Beispiel für die Bedeutsamkeit wissenschaftlicher Kooperation auf internationaler Ebene und der Vermittlung wissenschaftlicher Evidenz an politische Entscheidungsträger. Im IPCC und vielen anderen internationalen Forschungsinstitutionen führt die Teilnahme von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Globalen Süden nicht nur zu mehr Exzellenz und Glaubwürdigkeit, sondern liefert entscheidende Daten, ohne die das Verstehen des komplexen Systems Erde gar nicht möglich wäre.

Dabei ist der Klimawandel nicht das einzige Problem, das nur mit der Beteiligung aller Nationen – und vor allem Ländern des Globalen Südens – gelöst werden kann. Ein Beispiel ist die COVID-19 Pandemie: Es waren nicht zuletzt wissenschaftliche Kapazitäten im Globalen Süden, die maßgeblich zur Verfolgung und Eindämmung des Virus beigetragen haben. Wir erinnern hierbei an die Labore im südlichen Afrika, die im November 2021 die Entdeckung einer neuen, gefährlichen Mutation des Virus, der Omikron-Variante, meldeten. Ohne moderne Forschungseinrichtungen in Botswana und Südafrika und deren Vernetzung mit Laboren weltweit, hätte diese Variante möglicherweise viel früher in Europa Fuß gefasst und entsprechend höhere Opferzahlen verursacht. Deshalb ist es so wichtig, Infrastrukturen im Globalen Süden zu fördern. So finanziert die EU bereits den Aufbau von Impfstoffproduktionsstätten in Ruanda und im Senegal und setzt sich dafür ein, weitere Kapazitäten, etwa im Bereich der Genomsequenzierung, auszubauen. Globale Pandemien sind nur ein Beispiel, warum ein wissenschaftlich exzellenter Globaler Süden für uns von existenzieller Bedeutung ist.

Was tut die EU, um die Forschungskooperation

mit dem Globalen Süden weiter auszubauen und die Länder dadurch wissenschaftlich zu stärken? Horizon Europe, das Förderprogramm für Forschung und Innovation der Europäischen Union mit einem Gesamtbudget von über 95 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2021-2027, bietet Forscherinnen und Forschern, Organisationen und Hochschulen in Drittländern die Möglichkeit, sich an Forschungsprojekten zu beteiligen und dabei, im Falle von Entwicklungsländern, von EU-Fördermitteln zu profitieren. Ein Beispiel ist die „Afrika-Initiative“, mit der durch ein Paket von 36 Themen und einem Budget von 350 Millionen Euro die Beteiligung afrikanischer Partner in spezifischen Bereichen gefördert wird. Des Weiteren wurden durch Horizon Europe seit 2022 36 Millionen Euro in Bewegung gesetzt, um 108 Forschungsprojekte mit Teilnehmern im Indo-Pazifik zu unterstützen.

Weitere Programme mit internationalen Teilnahmemöglichkeiten sind Erasmus+, das wichtigste Programm der EU zur Unterstützung von Bildung und Jugend sowie die Marie Skłodowska-Curie Actions, die die Ausbildung und Mobilität von Forscherinnen und Forschern sowie Doktorandenprogramme unterstützen. Auch hier bemüht sich die EU um die Teilnahme des Globalen Südens. So wurde zwischen 2016 und 2020 durch Erasmus+ fast 12.000 Studierenden, Forscherinnen und Forschern sowie Hochschulpersonal aus dem subsaharischen Afrika, der Karibik und dem südpazifischen Raum ein Austausch in die EU ermöglicht, um sich an einer Gesamtzahl von 1.300 Forschungsprojekten zu beteiligen. Im Gegenzug besuchten mit Hilfe von Erasmus+ über 7.000 europäische Stipendiatinnen und Stipendiaten Bildungs- und Forschungseinrichtungen in den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik).

Schließlich bietet die Global Gateway Initiative der EU Möglichkeiten zur Stärkung der Forschungskapazitäten im Globalen Süden und gleichzeitig eine attraktive Alternative zu den oft einseitig ausgerichteten Infrastrukturinvestitionen strategischer Konkurrenten wie China. Die Attraktivität von Global Gateway äußert sich darin, dass der Ansatz der EU auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen fördert, mit dem Ziel, die wissenschaftlichen, technologischen und innovativen Kapazitäten der Partnerländer zu stärken. Dies steht im Kontrast zur chinesischen Belt-and-Road Initiative (BRI), die Infrastrukturprojekte in Drittländern durch chinesische Kreditinstitute finanziert und mithilfe chi-

nesischer Bauunternehmen und Arbeiter ausführt und dabei neuen Abhängigkeiten Vorschub leistet.

Beispiele für EU-Initiativen beinhalten die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Afrika zur Erdbeobachtung und Raumfahrttechnik sowie die Förderung von regionalen wissenschaftlichen Exzellenzzentren im subsaharischen Afrika. Ebenfalls Teil der Global Gateway Initiative ist die kürzlich verabschiedete Innovation Agenda der EU mit der Afrikanischen Union (AU). Diese Agenda setzt einen neuen Maßstab für die Kooperation zwischen der EU und der AU beim Thema Forschung und Innovation. Mit diesen Initiativen und Programmen der EU ist eine solide und für alle Seiten vorteilhafte Grundlage geschaffen, um die wissenschaftliche Kooperation mit Ländern des Globalen Südens, allen voran afrikanischen Ländern, zu erweitern.

Die Kooperation mit dem Globalen Süden spielt auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer europäischen Wissenschaftsdiplomatie, die zum Ziel hat, die Wissenschaft strategisch zur Bewältigung geopolitischer Herausforderungen zu nutzen, die Evidenz-

basis auswärtiger Politik zu verbreitern, die Rolle der Wissenschaft in diplomatischen Vertretungen zu stärken sowie das Training und Capacity Building für eine europäische Wissenschaftsdiplomatie auszubauen.

Forschungsinfrastrukturen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Ein oft zitiertes Beispiel ist der Teilchenbeschleuniger SESAME in Jordanien. Hier arbeiten Forscherinnen und Forscher aus zum Teil verfeindeten Ländern des Nahen Ostens zusammen, um physikalische Grundlagenforschung zum Wohle der Allgemeinheit zu betreiben. Die EU förderte den Bau dieser Einrichtung von 2017 bis 2019 im Rahmen des Horizon 2020-Programms mit mehr als 5 Millionen Euro.

Ein weiteres Flagship-Projekt ist das Square Kilometer Array (SKA), das mit Tausenden von Parabol- und Breitbandantennen nach seiner Fertigstellung 2029 das größte und sensibelste Radioteleskop der Welt sein wird. Dieses Projekt bringt nicht nur eine große Zahl von Ländern im Sinne der Grundlagenforschung zusammen (darunter auch China), sondern ist selbst im Globalen Süden platziert, insbesondere in der südafrikanischen Karoo-Wüste. An der Entwicklung des



Exzellenz im Kongo fördern

Unterstützen Sie den Förderverein Uni Kinshasa und das Exzellenzstipendienprogramm BEBUC im Kongo!

Spenden Sie oder werden Sie Mitglied oder übernehmen Sie eine Patenschaft.

Spendenkonto: DE44 7509 0300 0003 0103 09

Nähere Informationen zum Verein unter: www.foerderverein-uni-kinshasa.de und bebuc.org.



Projekts beteiligte sich die EU ebenfalls mit fast 5 Millionen Euro im Rahmen des Horizon2020 Programms zum Schwerpunkt exzellenter Wissenschaft.

Im Sinne einer „Wissenschaft für die Diplomatie“ haben diese Projekte der Grundlagenforschung, die wie in den genannten Beispielen den Globalen Süden und Norden zusammenbringen, das Potenzial, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in der Welt positiv zu beeinflussen. Zum einen dienen sie als Zufluchtsorte, in denen selbst in Krisenzeiten und zwischen verfeindeten Staaten weiterhin wenigstens ein wissenschaftlicher Dialog aufrechterhalten werden kann. Zum anderen erweitern sie die wissenschaftlichen Kapazitäten und Exzellenz der Teilnehmer des Globalen Südens enorm und helfen ihnen dabei, wettbewerbsfähigere Technologien und Innovationen zu entwickeln. Außerdem geben sie Ländern des Globalen

Südens die Möglichkeit, auf Augenhöhe – oder im Falle Südafrikas und des Square Kilometer Arrays sogar federführend – an internationalen Kooperationen mitzuwirken und sich damit als Zukunftsnationen in der Welt zu projizieren.

Doch die wissenschaftliche Entwicklung des Globalen Südens ist kein Selbstläufer. Viele Hürden erschweren den Aufbau exzellenter Forschungseinrichtungen, allen voran das Fehlen finanzieller Mittel. Und genauso wie wir zu Hause mit Skeptikern der Klima- und Impfstoffforschung konfrontiert werden, gibt es auch in Bevölkerungen und Regierungen des Globalen Südens Überzeugungsbedarf, dass internationale Forschung und wissenschaftlich informierte Gesetzgebung einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mehrwert generieren.

Zudem leben wir in einem neuen geopolitischen

Zeitalter, das die Wissenschaftsdiplomatie vor neue Herausforderungen stellt. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine oder die wachsende Rolle Chinas als strategischer Konkurrent in Schlüsseltechnologien zwingt uns, die Teilnahme und Förderung von Partnerländern näher unter die Lupe zu nehmen. Dabei machen die teilweise engen Beziehungen und Abhängigkeiten mancher Länder des Globalen Südens von China und Russland unsere Arbeit nicht einfacher.

Selbstverständlich hat auch die EU in der Kooperation mit dem Globalen Süden wirtschaftliche Interessen und will Kooperationen zur Vermittlung europäischer Werte nutzen. Hierbei ist es wichtig, als ehrlicher und verlässlicher Partner auf Augenhöhe aufzutreten, um keine postkolonialen Ressentiments aufkommen zu lassen, die vielerorts auch die Wissenschaftsbeziehungen nach wie vor belasten.

Nicht zuletzt kann Europa eine Menge vom Globalen Süden lernen. Das folgende Beispiel mag dies illustrieren: Als Europäer Anfang des 20. Jahrhunderts anfangen, Kabinenseilbahnen auf Berge zu bauen, dienten diese vorrangig touristischen Zwecken. 100 Jahre später sahen sich die ausufernden Megastädte des Globalen Südens mit dem Problem konfrontiert, wie ungeplant an Steilhängen gewachsene Favelas in das öffentliche Nahverkehrsnetz integriert werden können. Der einzige mögliche Zugang war aus der Luft. Also besann man sich der europäischen Technologie der Kabinenseilbahn und entwickelt diese weiter zu einem urbanen Massentransportmittel, das heute das Rückgrat vieler ÖPNV-Netze in den Metropolen Lateinamerikas wie La Paz oder Medellín bildet. Diese Entwicklung blieb in Europa nicht unbemerkt, wo nun ebenfalls neue Seilbahnen in ÖPNV-Netze eingebunden werden, wie zum Beispiel eine Seilbahn in Paris, die bis 2025 den Vorort Créteil an das Metronetz der Stadt anschließen soll. Dies ist nur ein Beispiel für das Innovationspotenzial des Globalen Südens, von dem wir in Europa durch effektive und beidseitige Kooperation in vielen Bereichen – von Mobilität über Fintech bis zur Telekommunikation – profitieren können.

Zusammengefasst: Internationale Wissenschafts- und Forschungskooperation mit Ländern des Globalen Südens haben das Potenzial, den Lebensstandard aller Beteiligten erheblich zu erhöhen. Gleichzeitig sind sie von existenzieller Notwendigkeit, um die großen globalen Krisen unserer Zeit zu lösen. Die Bezwingung der Klimakrise und der Aufbau neuen Vertrauens in einer

multipolaren Welt ist auf eine globale Kooperation in der Wissenschaft angewiesen, die auf Transparenz und Gegenseitigkeit basieren muss. Diese gilt es zu stärken, so dass wir die Lebensgrundlagen und den Wohlstand heutiger und künftiger Generationen überall auf der Welt sichern können.

Disclaimer: Die in diesem Artikel vertretenen Auffassungen sind die Meinung der Autoren und stellen nicht notwendigerweise die Position der Europäischen Kommission dar.



Dr. Jan Marco Müller ist promovierter Geograph und arbeitet derzeit als Koordinator für Wissenschaftsdiplomatie und multilaterale Beziehungen in der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission. In früheren Positionen leitete er u.a. das Büro der Wissenschaftlichen Chefberaterin des Kommissionspräsidenten und fungierte als Wissenschafts- und Technologieberater des Europäischen Auswärtigen Dienstes.



Noah Stewart absolviert derzeit einen Master of Arts in International Governance and Diplomacy an der Sciences Po, Paris. Dank seines Hintergrunds war er bereits in verschiedenen Positionen mit internationalem Bezug tätig, unter anderem an der deutschen Botschaft in Washington, D.C. und der Münchner Sicherheitskonferenz. Kürzlich absolvierte er ein Traineeship zum Thema Wissenschaftsdiplomatie bei der Europäischen Kommission.

AGAINST DECOLONIALISATION – TAKING AFRICAN AGENCY SERIOUSLY

eine Rezension von Burkhard Luber

“All else is show, and I am arguing that much of the current decolonising discourse in and about Africa is exactly that – and not a very good show either” (S. 188)

Olúfẹ́mi Táíwò, Professor an der Cornell University (USA), hat ein eindrucksvolles und zugleich mutiges Buch geschrieben. Die Fülle des von ihm präsentierten Materials ist enorm und umfasst wesentliche Dimensionen von Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur Afrikas. Mutig ist das Buch deshalb, weil der Autor sehr konsequent, mit aller Schärfe und vielen Details ein gängiges Narrativ über Afrika hinterfragt: das der “Dekolonialisierung”. Darunter ist ein Ansatz zu verstehen, der alle schlechten Entwicklungen und Zustände auf dem afrikanischen Kontinent vornehmlich und sehr oft sogar ausschließlich der Kolonialisierung anlastet. Konsequenter fordern die Protagonisten der Dekolonialisierung dazu auf, diese koloniale Hypothek umfassend und nachdrücklich hinter sich zu lassen: Alles was in Politik, Wirtschaft, Philosophie, Kultur oder Sprache mit der Kolonialisierung in Zusammenhang steht, muss deshalb folgerichtig beendet werden.

Táíwò zeigt in seinem Buch die Kurzsichtigkeit und Unproduktivität dieses Ansatzes. Er plädiert dafür, den Begriff der Dekolonialisierung eng zu fassen, nämlich auf den Prozess, mit dem eine frühere Kolonie zur politischen Anatomie gelangt. Nur das ist für den Autor Dekolonialisierung. Den überbordenden universellen Begriff von Dekolonialisierung, bei dem sich die Ex-Kolonie absolut jedem politischen, kulturellen, sozialen, linguistischen und intellektuellen Bezug zur kolonialen Vergangenheit entziehen soll, lehnt Táíwò ab.

Nachfolgend einige Hauptargumente des Autors gegen das Dekolonisations-Narrativ:

- Indem die Vertreter der Dekolonialisierung den Begriff dermaßen allumfassend verwenden, verliert er seine

begriffliche Schärfe.

- Nicht alle gesellschaftlichen und kulturellen Phänomene können unterschiedslos auf die Kolonialisierung zurückgeführt werden. Insbesondere die Moderne (der von Táíwò vertretene Gegenperspektive zur Dekolonialisierung) ist für Táíwò kein Produkt der Kolonialisierung.
- Die Vertreter der radikalen Dekolonialisierung übersehen die Komplexität Afrikas mit ihren eigenständigen Entwicklungen in der modernen afrikanischen Wissenschaft und Kultur.
- Statt zu rasch und zu kurzfristig Phänomene in der nach-kolonialen Zeit ausschließlich dem Kolonialismus zuzuschreiben, ist eine differenziertere Analyse notwendig und präzise zu fragen, ob diese nicht auf andere Faktoren zurückzuführen sind.
- Es ist nach Táíwòs Auffassung falsch, Kapitalismus essenziell auf den Kolonialismus zurückzuführen.
- Die Protestbewegungen im Rahmen des arabisch-afrikanischen Frühlings 2010 waren keine anti-kolonialen Proteste.

Selbst die so oft angeführten negativen Konsequenzen der Grenzziehungen auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich laut Táíwò nicht als Begründung für afrikanische Probleme anführen, indem er auf nicht-afrikanische Beispiele verweist, bei der denen kolonialen Grenzziehungen überwunden wurden. Und, so fragt Táíwò: Warum geht man davon aus, dass diese Grenzziehungen für alle Ewigkeit bestehen müssen, und führt die Beispiele von Eritrea und Südsudan an, und außerdem: Warum verteidigen afrikanische Staaten ihre Grenzen so vehement, wenn sie deren Entstehung zu Beginn der Staatswerdung den Kolonialmächten anlasten?

Zusammengefasst: Das Beharren der Vertreter*innen der Dekolonisation, alle Erscheinungen in Afrika ausnahmslos und umfassend auf dieses einzige Erklärungsmuster zurückzuführen, sind nicht hilfreich, sondern versperren eher den Blick auf die Realität und sind nicht geeignet, Afrika in der Gegenwart positiv fortzuentwickeln.

Táíwò belässt es aber in seinem Buch nicht bei seiner Kritik des Dekolonialisierungs-Ansatzes. Sein Gegen-Narrativ ist der Modernitäts-Ansatz oder mit einem anderen Begriff von ihm “das Projekt der Aufklärung”. Sein Hauptvorwurf gegen die Protagonisten der Dekolonialisierung ist, dass sie sich genau dieser Modernitäts-Perspektive entziehen, wodurch sie blind für die Protagonisten eigenständigen afrikanischen Denkens werden.

Demgegenüber stellt Táíwò den Reichtum originärer afrikanischer Denker, die sich ihren Blick nicht durch einen verengten Fokus auf Dekolonialisierung versperren lassen, denn – so Táíwò – der Kolonialismus ist in Afrika nicht so einflussreich, wie die Vertreter der Dekolonialisierung anführen. Sogar eine Periodisierung der Geschichte Afrikas mit Hilfe der Kategorie des Kolonialismus ist nach Táíwò nicht hilfreich. Sie verengt den Blick und lässt andere Faktoren der Geschichte Afrikas und afrikanischer Denker unberücksichtigt, von denen Táíwò z. B. Nkrumah, Senghor, Nyerere aufführt. Wenn man, wie die Vertreter der Dekolonialisierung, alles, was auch nur im

Entferntesten mit Kolonialismus zusammenhängt, aus der weiteren Überlegung ausschließt, wird der Blick eng und das, was Táíwò dagegen setzt, die “Modernisierung”, wird nicht berücksichtigt. Wichtig ist, die Breite, Tiefe und Mannigfaltigkeit des afrikanischen Denkens zu berücksichtigen.

Mit “Modernität” (anstelle von Dekolonialisierung) meint Táíwò besonders die Aufgabe, wie repräsentative Demokratie konkret verwirklicht werden kann. Aber auch die Aufgabe, wie das Individuum respektiert werden kann, die Rolle des Rechts, die Unabhängigkeit der Justiz und das Einrichten freier und fairer Wahlen in einem Mehrparteiensystem bietet Afrika laut Taiwo ein reiches Experimentierfeld.

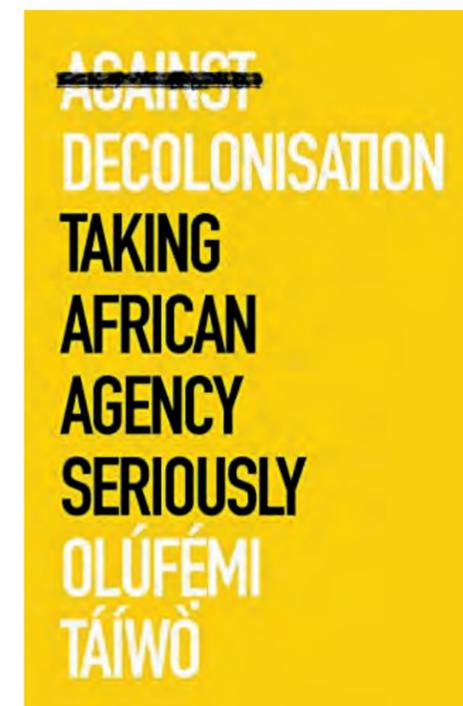
Táíwò empfiehlt, auf diesem Weg der Modernität weiter voranzuschreiten und die Sackgasse der Dekolonialisierung zu verlassen. Essentiell dafür ist ein entsprechendes philosophisches Mindset, bei dem Afrika die Entwicklungen zur Modernität mit anderen außer-afrikanischen Staaten einschlägt.

Olúfẹ́mi Táíwò hat ein hervorragendes Buch verfasst, das Afrika in vielen Details erfasst. Mit seiner klaren Positionierung gegen das Narrativ der Dekolonialisierung regt er intensiv zum Nachdenken an und es ist zu hoffen, dass seine Argumente belebend in die weitere Debatte über den künftigen afrikanischen Weg einfließen.

Diese Rezension erschien zuerst im MILIEU,
<https://www.dasmilieu.eu/art/against-decolonialisation-taking-african-agency-seriously/>
Wir danken Dr. Luber für die freundliche Freigabe!



Dr. Burkhard Luber studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Promoviert wurde er in Friedensforschung. Derzeit ist er Dozent für Internationale Politik, Redakteur der Zeitschrift „Das Milieu“ und Mitarbeiter beim Empowerment Programm von Wedu in Südostasien. Der Fokus seiner Arbeit liegt auf internationalen Krisengebieten.



Olúfẹ́mi Táíwò: Against Decolonisation – Taking African Agency Seriously. Verlag Hurst and Company in Zusammenarbeit mit dem „International African Institute“ (erschienen in dessen Reihe „African Arguments“), 2022, 270 Seiten, 18€

EIN PAAR FRAGEN AN BRIGITTE GANTKE



Was macht eigentlich Brigitte Gantke?

Nach Jahrzehnten der 50-Stunden-Woche als Anästhesistin und Schmerztherapeutin habe ich vor anderthalb Jahren meine Arbeit im Krankenhaus aufgegeben und mache „nur“ noch an dreieinhalb Tagen Schmerzsprechstunde. Auch die Vielzahl an Ehrenämtern in der FDP und der Berufspolitik habe ich zurückgefahren, aktuell bin ich nur noch im Berufsverband Hartmannbund im Landesvorstand und in der Auswahlkommission der FNF-Stipendiaten tätig. Wie eine Kollegin von der FNF vor kurzem sagte: „Jetzt kommt die Kür...“

Ein guter Tag beginnt mit...?

... Vogelgezwitscher und dem Sich-im-Spiegel-Anlächeln.

Als Kind wollten Sie sein wie...?

...meine Mutter, die für ihre Zeit sehr unbeirrt streitbar, feministisch und Gerechtigkeit liebend war.

Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

Im Prinzip war ich schon immer politisch in dem Sinne, dass ich mich bereits in der Grundschule nicht nur für meine, sondern auch für die Interessen der anderen Kinder eingesetzt habe und schon Klassensprecherin war.

Liberal bedeutet für Sie...?

All die klassischen Grundsätze wie freie Entfaltung des Individuums, Eigenverantwortung, Subsidiaritätsprinzip, Rechtsstaatlichkeit und Prinzip des Privateigentums und der Möglichkeit der freien Marktwirtschaft sind für mich Motor und Antrieb.

Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Machtkonzentration und damit Machtmissbrauch zu verhindern, auf allen Ebenen; das wäre ein riesiger Schritt für eine sich positiv weiter entwickelnde Welt!

Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Ich hätte immer gerne mal Madeleine Albright kennen gelernt.

Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

Zum einen halte ich es mit Kennedy: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“ Zum anderen habe ich im Ohr, was meine Mutter immer sagte: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“

Ein Wort zum VLA:

Im VLA habe ich viele nette, differenzierte, interessante und gebildete Menschen aller Altersgruppen kennen lernen dürfen, und ich finde so einen Austausch über berufliche, private und familiäre Kontakte hinaus sehr wichtig und bereichernd!



EIN PAAR FRAGEN AN CAROLINE SCHERB

Was macht eigentlich Caroline Scherb?

Ich bin 23 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft und Strafrecht an der Goethe Universität in Frankfurt. Seit 2020 engagiere ich mich aktiv bei den Freien Demokraten, den Jungen Liberalen und der Liberalen Hochschulgruppe. Letztere darf ich im Studentenparlament vertreten. In meiner übrigen Zeit spiele ich im heimischen Verein Fußball.

Ein guter Tag beginnt mit...?

... einem Spaziergang, Sonnenschirm und einem guten Kaffee.

Als Kind wollten Sie sein wie...?

Als Kind wollte ich immer Musikerin werden. Von Pianistin bis Sängerin war alles dabei.

Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?

Weil mir mein Heimatort schon immer sehr am Herzen lag, war meine erste Berührung die Kommunalpolitik und damit der FDP-Ortsverband Egelsbach. Nachdem ich 2021 zur Kommunalwahl kandidieren durfte, bin ich auch bei den Jungen Liberalen in Hessen und der Liberalen Hochschulgruppe aktiv geworden.

Liberal bedeutet für Sie...?

Liberal bedeutet für mich, Individuum sein zu dürfen und anzuerkennen, dass andere Menschen dies ebenfalls sein dürfen. Liberal bedeutet, die größtmögliche Freiheit und kleinstmögliche Einschränkung für sich selbst einzufordern und gleichzeitig die Freiheit des anderen dabei nicht einzuschränken.

Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?

Wenn es etwas gäbe, was ich auf dieser Welt verändern könnte, würde es sein, Menschen überall von fremdgesteuertem Zwang und Einschränkungen zu befreien.

Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?

Sehr schwierige Frage, denn mir würden da einige Namen einfallen..., aber spontan und am ehesten: Lise Meitner.

Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?

Mit 23 hat man davon ja leider noch nicht so viele aber wenn es eins gibt, was mich positiv denken lässt, ist es wenn ich nicht alles immer zu ernst nehme. Das meiste ist morgen schon vergessen. Das Nachtragendsein bringt niemandem Zufriedenheit.

Ein Wort zum VLA:

Ein wichtiger Verband besonders für die LHG. Darüber hinaus ein immer wieder ausschließlich sympathisches Netzwerk mit spannenden Persönlichkeiten und spannendem Austausch.

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

VERBAND LIBERALER AKADEMIKER

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband liberaler Akademiker, Seniorenverband liberaler Studenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen.

Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich _____ € fest.

Mindestjahresbeitrag: 75 € | Studierende 20 € (in den ersten drei Mitgliedsjahren)

Name, Vorname

Straße und Hausnr.

PLZ

Wohnort

E-mail-Adresse

Geburtsdatum

Telefon

Beruf/Wissensgebiete

Meine Daten sind für die LHG verfügbar* [] Ja [] Nein

*freiwillige Angabe

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber_in

Kreditinstitut

IBAN

BIC

Ort, Datum

Unterschrift

IMPRESSUM

10. Jahrgang*, Heft 16
www.liberales-perspektiven.de
Auflage 750
VLA – Verband liberaler Akademiker
– Seniorenverband
liberaler Studenten e.V.
Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin

*nach Neukonzeption und –gestaltung

HERAUSGEBER

VLA – Verband liberaler Akademiker
– Seniorenverband
liberaler Studenten e.V.
Alexander Bagus (Präses)
bagus@liberale-akademiker.de

REDAKTION

Dr. Ann Sophie Löhde
loehde@liberale-akademiker.de
Simon Schütz

AUTOREN DIESER AUSGABE

Johannes Brill
Sérgio Costa
Axel Dockhorn
Bernward Gesang
Tim Gottsleben
David Grasveld
Catharina Jabss
Susanne Klengel
Dr. Jan Marco Müller
Simon Schütz
Noah Stewart
Christine Wolf
Carsten Wolff

BILDNACHWEISE

Johannes Brill, Sérgio Costa, Axel Dockhorn, Brigitte Gantke, Bernward Gesang, Tim Gottsleben, David Grasveld, Catharina Jabss, Christian Lindner, Susanne Klengel, Dr. Jan Marco Müller, Caroline Scherb Simon Schütz, Noah Stewart, Christine Wolf, Carsten Wolff,
Titelbild Hans Reniers | Unsplash, S.4 30daysreplay | Unsplash, S.11 Markus Spiske | Unsplash, S.13 John Forson | Unsplash, S.17 Vince Fleming | Unsplash, S.21 Boliviaintelligente | Unsplash, S.26+27 BEBUCA Archiv | Unsplash, S.30 Vasily Koloda | Unsplash, S.32 Patrick Tomasso | Unsplash, S.38 Christian Lue | Unsplash

KORREKTORAT

Johannes Brill

DRUCK

RESET ST.PAULI Druckerei GmbH
Virchowstraße 8, 22767 Hamburg

LAYOUT

Emilia Schmidt, Art Direction & Graphic Design
Knaackstraße 5, 10405 Berlin

VLA

Gegründet 1955 in Bonn,
Registergericht: Amtsgericht
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B
Steuernummer: 27/680/58186
ISSN 2193-7133

Für die Richtigkeit der Texte kann der Herausgeber keine Gewähr übernehmen. Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren zusammengestellt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.